



Europäische  
Kommission

# PANORAMA

SOMMER 2017 / Nr. 61



## Die Kohäsionspolitik blickt in die Zukunft

SONDERAUSGABE



Regionalpolitik  
und Stadtent-  
wicklung



# PANORAMA

EDITORIAL.....	03	<b>Prof. Dominique Foray</b> , Vorsitzender Wirtschaftswissenschaften und Innovationsmanagement, Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (CH).....	28
<b>Jüri Ratas</b> , Ministerpräsident der Republik Estland.....	04	<b>Emma Marcegaglia</b> , Präsidentin von BusinessEurope.....	29
KONVERGENZ WIEDER AUF DEM RICHTIGEN WEG.....	06	<b>Kevin Morgan</b> , Professor im Bereich „Governance and Development“ und „Dean of Engagement“ an der Universität Cardiff (Vereinigtes Königreich).....	30
<b>Brigitte Zypries</b> , Bundesministerin für Wirtschaft und Energie (DE).....	08	<b>Neil Bradford</b> , PhD, Vorsitzender, Department of Political Science Huron University College, Western University (CA).....	31
<b>Harris Georgiades</b> , Finanzminister (CY).....	09	<b>Mario Monti</b> , Vorsitzender der hochrangigen Gruppe 'Eigenmittel'.....	32
<b>Günther Oettinger</b> , Europäischer Kommissar für Haushalt und Personal.....	10	DATENPUNKT 3: INDIKATOREN DER ESI-FONDS.....	34
<b>Paul Magnette</b> , Ministerpräsident der Wallonie (BE).....	12	<b>Eleni Marianou</b> , Generalsekretärin der KPKR.....	36
<b>Stavros Arnautakis</b> , Gouverneur von Kreta (EL).....	13	<b>Robin Huguenot-Noël</b> , und <b>Alison Hunter</b> , European Policy Centre.....	37
<b>Lena Micko</b> , Präsidentin des schwedischen Verbands der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (SE).....	14	<b>Daniël Termont</b> , Bürgermeister von Gent und Präsident von EUROCITIES.....	38
<b>František Lukl</b> , Präsident des Verbands der Städte und Gemeinden der Tschechischen Republik (CZ).....	15	<b>Leo Williams</b> , Direktor des Europäischen Netzwerks gegen Armut.....	39
REGIONALE HINWEISE IN DER FRÜHJAHRSUMFRAGE IM EUROBAROMETER.....	16	<b>Karl-Heinz Lambertz</b> , Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen.....	40
<b>Mari Kiviniemi</b> , stellvertretende Generalsekretärin der OECD....	18	<b>Michiel Rijsberman</b> , VRE-Berichtersteller für die Kohäsionspolitik nach 2020.....	42
<b>Andrzej Porowski</b> , Geschäftsführer der Vereinigung polnischer Städte (PL).....	20	<b>Karen Coleman</b> , Rundfunksprecherin/Journalistin/Moderatorin....	43
<b>Iskra Mihaylova</b> , Vorsitzende des REGI-Ausschusses des EP.....	21	EUROPÄISCHE WOCHEN DER REGIONEN UND STÄDTE 2017.....	44
<b>Kalev Härk</b> , Bürgermeister von Valga (EE), und <b>Vents Armands Krauklis</b> , Bürgermeister von Valka (LV).....	22	INTERREG VOLUNTEER YOUTH.....	46
<b>Xavier Valderrama</b> , Koordinator für Europäische Stadtentwicklungsprojekte, Stadtrat, Santa Coloma de Gramenet (ES).....	23	BERICHTE VON STUDENTEN ÜBER INTERREG-PROJEKTE IN MALTA.....	48
<b>Michael Storper</b> , Professor für Wirtschaftsgeografie an der London School of Economics (UK).....	24	NACHRICHTEN IN KÜRZE.....	50
INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG ERGÄNZT INNOVATION.....	26	TERMINE.....	51

## Werte Leserin / Wertes Leser,

Das Kohäsionsforum vom 26.-27. Juni in Brüssel stellt einen wichtigen Meilenstein für die Debatten über die Kohäsionspolitik nach 2020 dar (#EU7CF).

Diese Sonderausgabe von *Panorama* erteilt Vertretern von EU-Institutionen, nationalen Regierungen, regionalen Behörden, verschiedenen Verbänden und Universitäten das Wort. Für ihre Beiträge möchten wir ihnen unseren Dank aussprechen. Auch Sie können uns gerne für die Rubrik „Mit eigenen Worten“ in einer der künftigen Ausgaben des Magazins Ihre Meinung (in höchstens 300 Worten) senden.

Strategien für intelligente Spezialisierung kommen in dieser Ausgabe mehrfach zur Sprache. Viele Menschen unterstreichen ihre Bedeutung und hoffen, dass das Konzept weiterentwickelt wird.

In der September-Ausgabe, die kurz vor der Europäischen Woche der Regionen und Städte veröffentlicht wird, gehen wir näher auf das Thema ein. Auch hierzu interessiert uns Ihre Sicht – Ihre Erfahrungen, Ergebnisse, Hoffnungen, Zweifel und Vorschläge.

Bitte schreiben Sie uns an [regio-panorama@ec.europa.eu](mailto:regio-panorama@ec.europa.eu) – Ihre Meinung zählt!

Viel Freude beim Lesen!



AGNÈS MONFRET

Leiterin des Referats Kommunikation, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Europäische Kommission

## EDITORIAL

Wir befinden uns an einem entscheidenden Punkt in der Geschichte unseres Kontinents. In den letzten Jahren hatte Europa eine Reihe wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Krisen zu bewältigen.

Künftige Historiker werden jedoch sagen, dass diese Krisen Europa und die Europäer dazu veranlasst haben, sich die entscheidenden Fragen zu stellen: Welche Zukunft für Europa? Wofür soll es stehen? Und wie?

Unser größter Fehler wäre, Europa und seine Errungenschaften als selbstverständlich zu betrachten. Ich glaube, die Kohäsionspolitik ist der Zement, der unsere gemeinsamen Werte und Ziele zusammenhält; der Fels, auf dem das ruht, was wir aufgebaut haben und um das uns die Welt beneidet. Deshalb ist diese Ausgabe von *Panorama* der Zeit nach 2020 und damit der Kohäsionspolitik von morgen gewidmet.

Sie berichtet über die Ansichten vieler Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund, darunter mein Kollege Günther Oettinger, der für den EU-Haushalt zuständige Kommissar. In gewisser Weise gibt *Panorama* den Auftakt zur Debatte über die Zukunft unserer Kohäsionspolitik.

Beim Kohäsionsforum am 26. und 27. Juni werden wir die Möglichkeit haben, die Zukunft der Kohäsionspolitik zu erörtern und uns darüber auszutauschen, wie sie künftig aussehen



soll. Unser Ziel ist eine Kohäsionspolitik, die jeden einbezieht, die unkompliziert, schnell, kostengünstig und flexibler ist und die mehr Reformen in den Mitgliedstaaten anstoßen kann – ein Ziel, das wir durch mehr Anreize und weniger Sanktionen erreichen möchten.

Bei unseren Plänen für das nächste Jahrzehnt dürfen wir das Wichtigste nie aus den Augen verlieren: unsere Pflicht, die Wünsche der Europäer soweit wie möglich zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass jeder, egal wo sie oder er lebt, die mit der Union verbundenen Vorteile und dieselben Chancen nutzen kann.

Die Kohäsionspolitik ist das Beste, was Europa zu bieten hat, ein Europa, dem das Wohl seiner Bürger am Herzen liegt und das eine bessere Zukunft für seine Kinder entwickelt. ■

**CORINA CREȚU**

*EU-Kommissarin für Regionalpolitik*

# Gemeinsame Möglichkeiten im In- und Ausland

Angesichts der Vorbereitungen zur Übernahme der EU-Präsidentschaft in diesem Jahr erklärt der estnische Ministerpräsident Jüri Ratas die Bedeutung der Kohäsionspolitik für sein Land und seine Bürger und wie Europa insgesamt künftig von ihr profitieren kann.



## *Wie wichtig waren die Kohäsionsfonds für die estnische Bevölkerung seit dem EU-Beitritt Estlands?*

Die Kohäsionspolitik der EU hat einen bemerkenswerten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Estlands geleistet. Die Kohäsionspolitik hat, ergänzt durch nationale Finanzmittel, wichtige Strukturveränderungen angestoßen, deren Umsetzung sonst sehr schwierig oder sogar unmöglich gewesen wäre. Unsere Erfahrung zeigt, dass die Kohäsionspolitik in Verbindung mit einer soliden Wirtschaftspolitik zu Konvergenz führt, die das wichtigste Ziel der Politik darstellt.

Es liegen auch viele sehr konkrete, für die Esten im Alltag spürbare Ergebnisse des Kohäsionsfonds vor, zum Beispiel ein besserer Zugang zu sauberem Trinkwasser, verbesserte Straßen und Schienenverkehrsdienste sowie ein umfassenderer Zugang zu schnellerem Breitbandnetz in ganz Estland. Dank der Hilfe durch EU-Finanzmittel sind 99% des öffentlichen Sektors nun papierlos, wodurch die Esten ihre Alltagsgeschäfte mit dem Staat online abwickeln können. Die Mittel der Kohäsionspolitik haben das Export- und Innovationswachstum angeregt, die Anzahl der Exportunternehmen hat

zugenommen, und Unternehmen legen größeren Wert auf Innovation und Produktentwicklung. Zahlreiche Schulen, Universitäten und Krankenhäuser wurden modernisiert. Die Kohäsionsfonds haben zudem rund 95 000 Menschen geholfen, Beschäftigung zu finden. Die Esten spüren daher die Vorteile der Mittel der Kohäsionspolitik sehr genau, die bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, der Steigerung der Produktivität und der Konvergenz Estlands helfen.

## *Welche Vorteile hat Estland seit dem Beitritt durch die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten und EU-Regionen erfahren? Gibt es Beispiele für Erfahrungswerte, die Estland jetzt anwendet?*

Die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten ist bei der Bewältigung grenzüberschreitender und mehrere Staaten betreffender Herausforderungen entscheidend. Ein gutes Beispiel sind die Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit. Sie sind für Regionen und Organisationen wichtig, die regionalen grenzüberschreitenden Herausforderungen wie dem Schutz der Ostsee gegenüberstehen oder Lösungen für europaweite gemeinsame Probleme in unterschiedlichen Bereichen benötigen, z. B. für Energieeffizienz.

Durch nahtlose physische und digitale Verknüpfungen können die Mitgliedstaaten die wirtschaftlichen Vorteile des Binnenmarktes nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen. Wir haben gute Erfahrungen und greifbare Ergebnisse bei der Entwicklung grenzüberschreitender digitaler Dienste, z. B. zwischen Estland und Finnland, gemacht und sehen hier enormes Potenzial für ganz Europa. Die Entwicklung einer neuen schnellen europäischen Bahnverbindung, „Rail Baltica“, ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit mehreren Staaten, nicht nur den Nachbarländern, die vom Bau dieses fehlenden Teils des mitteleuropäischen Schienennetzes betroffen sind. Das hat uns gelehrt, dass die Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses der Vorteile solcher Projekte für Bürger und Unternehmen in unterschiedlichen Ländern entscheidend ist.

## *Im zweiten Halbjahr 2017 hat Estland erstmals seit dem Beitritt im Jahr 2004 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union inne. Wie nimmt Estland diese Gelegenheit wahr?*

Estland erhält zu einem für die EU wesentlichen Zeitpunkt die EU-Ratspräsidentschaft. Die EU muss nicht nur mit einer Stimme sprechen, sondern auch so handeln, denn nur so zeigt die Einheit



REPUBLIC OF ESTONIA  
GOVERNMENT

“Die EU muss nicht nur mit einer Stimme sprechen, sondern auch so handeln, denn nur so zeigt die Einheit ihren echten Wert.”

ihren echten Wert. Das Ziel unserer Präsidentschaft ist es, uns für eine weitere Stärkung der EU einzusetzen, damit ihre Vorteile endlich in allen Ländern, Städten, Gemeinden und Familien ankommen. Die Präsidentschaft ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, da die EU ein untrennbarer Teil unseres Alltagslebens geworden ist.

*Welche besonderen Herausforderungen stellt die Präsidentschaft für Ihr Land dar und wie wurde dadurch die Festlegung der Prioritäten für die Präsidentschaft beeinflusst?*

Das wichtigste Ziel für die estnische Präsidentschaft ist, die Geschlossenheit und Entscheidungsfreude der EU beizubehalten. Die EU beruht auf den vier Grundfreiheiten und einem gemeinsamen Verständnis von Frieden und Wohlstand. Vor diesem Hintergrund streben wir an, Themen zu bearbeiten, die dazu beitragen, ein Europa mit offener und innovativer Wirtschaft aufzubauen und zu fördern, Europa zu schützen, ein digitales Europa und den freien Datenverkehr zu stärken und sicherzustellen, dass die Aktivitäten der EU integrativ und nachhaltig sind.

*Welche Prioritäten zeichnen die estnische Präsidentschaft im Bereich der Kohäsionspolitik aus und wie werden Sie vorgehen?*

Wir haben im Bereich der Kohäsionspolitik zwei Prioritäten. Zunächst möchten wir die Diskussionen über die Zukunft der Kohäsionspolitik im Rat vorantreiben. Wir freuen uns auf den 7. Kohäsionsbericht, Vorschläge der von Siim Kallas angeführten Hochrangigen Gruppe zur Vereinfachung, das Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen und vieles mehr. Die zweite Priorität ist, die sogenannten „Omnibus-Verordnung“ voranzubringen, deren Ziel die Vereinfachung der Politik ist. Es handelt sich um einen recht komplexen Vorgang, wir tun aber unser Bestes, um voranzukommen.

*Welche Weiterentwicklung erwarten Sie für die Prioritäten und Durchführungsmechanismen nach 2020? Welche Erwartungen haben Sie an das Ende Juni in Brüssel stattfindende Kohäsionsforum?*

Als einzige EU-Politik, die Stabilität und Finanzmittel für langfristige Strukturreformen bereitstellt, ist die Kohäsionspolitik ein wichtiger Politikbereich. Ohne sie würden sich viele Reformen und der wirtschaftliche Fortschritt in den Mitgliedstaaten und Regionen verzögern. In der Diskussion über die Effizienz der Kohäsionspolitik müssen wir ihre Vereinfachung, eine stärkere Ergebnisorientierung und ihre Harmonisierung innerhalb der Politik und im Zusammenspiel mit anderen EU-Finanzierungsinstrumenten erwägen. Das Kohäsionsforum im Juni ist eine glänzende Gelegenheit zu diskutieren, wie die Kohäsionspolitik für Europa am besten funktioniert. ■

“Es liegen viele sehr konkrete, für die Esten im Alltag spürbare Ergebnisse des Kohäsionsfonds vor.”



# EU-Regionen nähern sich wieder an

Dieser Artikel legt dar, wie sich regionale Ungleichheiten in der EU seit dem Jahr 2000 verändert haben. Die EU setzt sich dafür ein, etwaige Ungleichheiten zu verringern. Die Kohäsionspolitik stellt daher weniger entwickelten Regionen mehr Unterstützung zur Verfügung, damit sie aufholen können. Der bevorstehende 7. Kohäsionsbericht enthält eine ausführlichere Analyse.

Mehr als ein Viertel (27% der EU-Gesamtbevölkerung) der EU-Bürger wohnte im Jahr 2015 in einer Region mit einem BIP pro Kopf (KKS), das gemäß den zuletzt von Eurostat veröffentlichten Daten unter 75% des EU-Durchschnitts (siehe Karte) lag.

Die meisten dieser Regionen liegen in mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, aber auch in Griechenland, Süditalien, Portugal sowie in zahlreichen Regionen in äußerster Randlage. Alle Regionen in Bulgarien und Rumänien, mit Ausnahme der Hauptstadtregionen Yuzopaden und Bukarest-Ilfov, liegen bei unter 50% des EU-Durchschnitts.

Im Verhältnis zum EU-Durchschnitt konnten alle mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten ihr BIP pro Kopf zwischen 2000 und 2015 trotzdem steigern. Deutliche Anstiege sind allgemein in Hauptstadtregionen zu beobachten, so auch in

Bulgarien und Rumänien, wo sich das BIP pro Kopf im Verhältnis zum EU-Durchschnitt verdoppelt hat, und in der Slowakei, wo es sich fast verdoppelt hat.

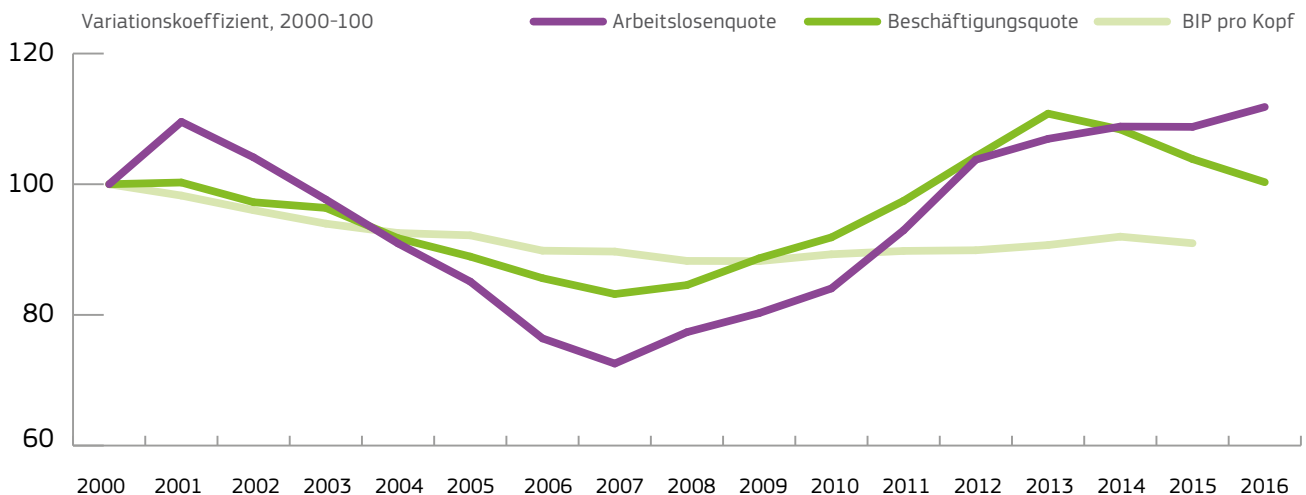
Aufgrund der Wirtschaftskrise hat sich die Lage in griechischen Regionen verschlechtert. Im Jahr 2011 hatten vier der 13 Regionen ein BIP pro Kopf von über 75% des EU-Durchschnitts. Im Jahr 2015 sind es nur noch zwei: die Hauptstadtregion Attiki (95%) und die Südliche Ägäis (75%). Italien hat ebenfalls unter der Krise gelitten. Im Jahr 2011 vermeldeten fünf Regionen ein BIP pro Kopf von unter 75% des EU-Durchschnitts, im Jahr 2015 sogar sieben.

In Portugal liegen lediglich zwei Regionen über dem Schwellenwert von 75%: die Metropolregion Lissabon (103%) und die Algarve (79%). Seit 2011 hat sich dort kaum etwas verändert.

## Konvergenz wieder auf dem richtigen Weg

Die aktuellen Daten zum BIP zeigen, dass der Konvergenzprozess in europäischen Regionen, der durch die Krise unterbrochen wurde, langsam wieder Fahrt aufnimmt. Vor der Krise gingen die Ungleichheiten zwischen den regionalen Volkswirtschaften in der EU zurück (der Variationskoeffizient der regionalen BIP pro Kopf sank zwischen 2000 und 2008 um 12%), da die Regionen mit dem geringsten BIP pro Kopf schneller als der Durchschnitt wuchsen und gegenüber wohlhabenderen Regionen aufholten.

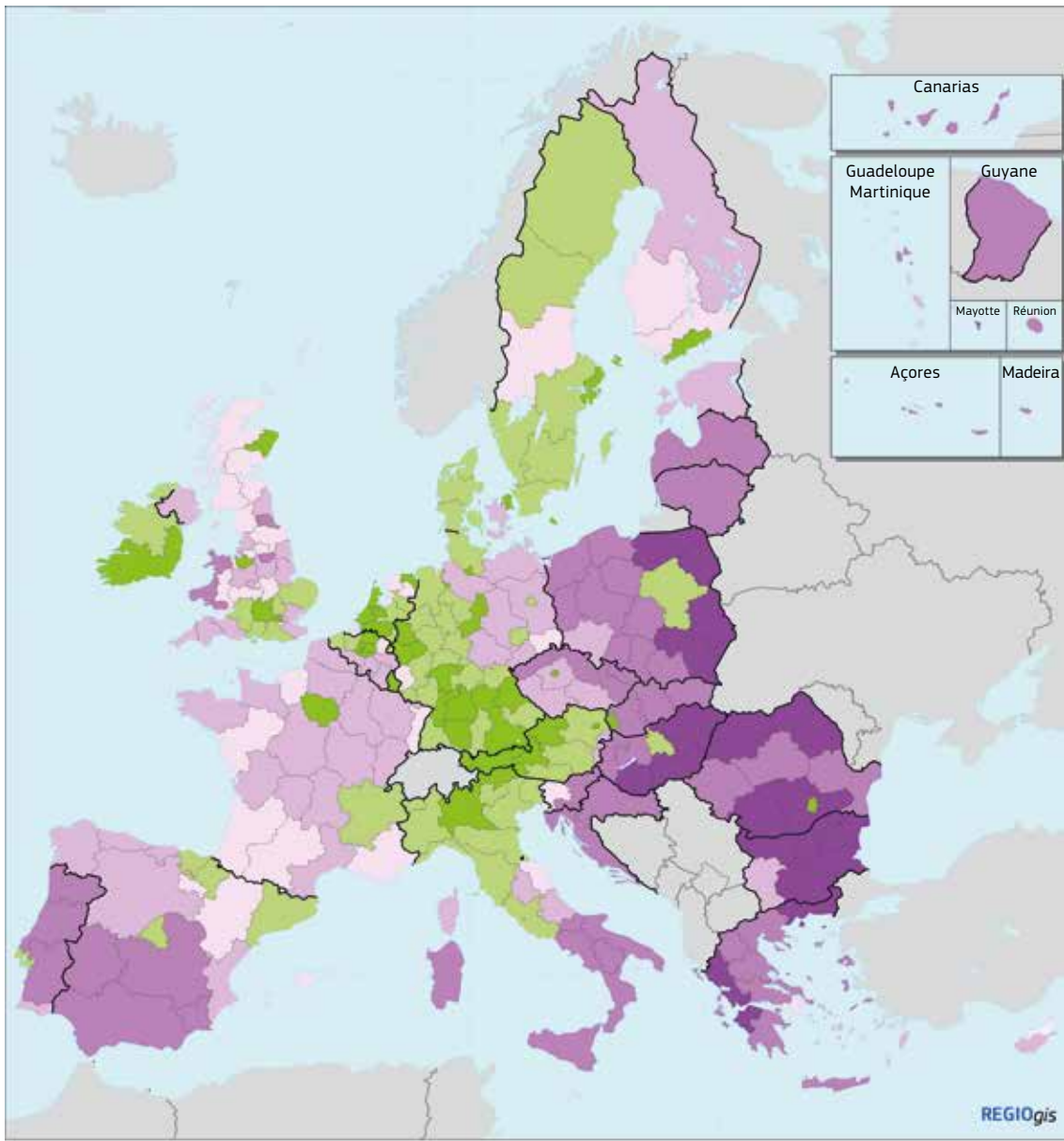
## VARIATIONSKOEFFIZIENT FÜR BIP PRO KOPF, BESCHÄFTIGUNGSQUOTE (20/64), ARBEITSLOSENQUOTE, EU/28 NUTS-2-REGIONEN, 2000/2016



Quelle: Eurostat und Berechnungen von GD Regio

Dieser Trend scheint durch die Krise gestoppt worden zu sein. Zwischen 2008 und 2015 wurden die regionalen Ungleichheiten etwas größer (der Variationskoeffizient stieg um 4%), blieben jedoch deutlich unter dem Niveau im Jahr 2000. Zwischen 2014 und 2015 wurden die Ungleichheiten wieder geringer, allerdings ist noch nicht absehbar, ob der Trend anhält.

Die Ungleichheiten bei der Beschäftigungsquote wurden seit 2013 verringert, allerdings lag aufgrund der Krise zuvor ein erheblicher Anstieg vor. Die Ungleichheiten liegen hier noch immer deutlich über den Werten vor der Krise. Die Ungleichheiten bei regionalen Arbeitslosenquoten steigen hingegen weiter, seit 2012 wurde der Anstieg jedoch entschleunigt.



BIP pro Kopf (KKS), 2015

Index, EU-28 = 100

- < 50
- 50 - 75
- 75 - 90
- 90 - 100
- 100 - 125
- >= 125

Die Werte für die zwei Regionen in Irland wurden anhand der nationalen Werte geschätzt.

Quelle: Eurostat, GD REGIO



© EuroGeographics Verband für Verwaltungsgrenzen

# Anforderungen an die künftige EU-Kohäsionspolitik

**In einer Zeit der EU-Skepsis vieler Menschen und angesichts neuer globaler Herausforderungen wächst die Bedeutung der europäischen Kohäsionspolitik. Sie ist Ausdruck unserer Wertegemeinschaft und gelebter Solidarität zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Zahlreiche Projekte in allen Mitgliedstaaten und Regionen wirken direkt vor Ort.**



Brigitte Zypries  
Bundesministerin für  
Wirtschaft und Energie  
Deutschland

Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass uns der künftige mehrjährige Finanzrahmen der EU vor besondere Herausforderungen stellt. Er wird die Gewichtung der europäischen Politik teilweise verschieben. Alle Ausgabenbereiche müssen angesichts voraussichtlich geringer werdender Mittel und demnach erforderlicher Kürzungen ihren Beitrag leisten – auch die Kohäsionspolitik. Die Förderung aus den EU-Struktur- und Investitionsfonds muss in Zukunft noch effizienter und besser eingesetzt werden als bisher.

Wegen ihrer elementaren Rolle bei der Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhaltes der EU bleibt die Kohäsionspolitik jedoch auch künftig ein Investitionsbereich von herausragender Wichtigkeit und ein zentrales Element der EU-Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Auch in Zukunft sollen alle Regionen innerhalb der Europäischen Union – differenziert nach ihrer jeweiligen strukturellen Entwicklung und entsprechend ihrer regionalen Bedürfnisse – von der Kohäsionspolitik unterstützt werden. Dabei bleibt es das wichtigste Ziel, den Rückstand stark benachteiligter Gebiete zu verringern. Gleichzeitig soll die Kohäsionspolitik aber auch Mittel bereitstellen, die den Regionen dabei helfen, neuen Herausforderungen wie z. B. Migration oder dem demographischen Wandel wirksam begegnen zu können. Kohäsionspolitik fördert im Rahmen der fondsspezifischen Ziele intelligentes, nachhaltiges, innovatives und integratives Wachstum sowie Beschäftigung. Die in der laufenden Förderperiode eingeführte stärkere thematische Konzentration wollen wir fortführen.

Kohäsionspolitik kann langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn wir gleichzeitig für die richtigen makroökonomischen Rahmenbedingungen sorgen. Deshalb sollen künftig ein weiterer Schwerpunkt die Strukturreformen in den Mitgliedstaaten sein, denn diese benötigen mehr Unterstützung. EU-Strukturfonds können hier als wichtiger Hebel für notwendige Strukturreformen fungieren. Dafür müssen wir die Kohäsionspolitik noch enger mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU verknüpfen und wirksame Anreize für Strukturreformen setzen. Dazu gehört aus unserer Sicht neben einer Stärkung der *Ex-ante*-Konditionalitäten auch eine engere und systematischere Verzahnung mit den länderspezifischen Empfehlungen, die durch die Kohäsionspolitik adressiert werden können.

Es steht fest, dass die Anforderungen an das bestehende Verwaltungs- und Kontrollsystem vereinfacht werden müssen. Dabei wäre es sinnvoller, die Förderung innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens zu vereinfachen, statt erneut eine komplette Systemumstellung zu avisieren. Dazu gehört auch ein neuer, differenzierter Ansatz. Er sollte anhand objektiver und nichtdiskriminierender Kriterien den bestehenden großen Unterschieden zwischen einzelnen Mitgliedstaaten besser gerecht werden, als das heute der Fall ist. ■

*„Kohäsionspolitik kann langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn wir gleichzeitig für die richtigen makroökonomischen Rahmenbedingungen sorgen.“*



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie



# Die Ansichten Zyperns zur Kohäsionspolitik nach 2020

**Die aktuellen und bevorstehenden Diskussionen über die Kohäsionspolitik nach 2020 werden gegenüber den Gesprächen für den Zeitraum 2014-2020 in einem stark veränderten Umfeld geführt.**

Die Halbzeitbewertung des mehrjährigen Finanzrahmens, die Debatten über die Zukunft der Ausgaben und Finanzierung der EU nach 2020 und die bevorstehenden Verhandlungen über den Brexit sorgen für schwierige und einzigartige Umstände für die Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik.

Die Kohäsionspolitik nach 2020 sollte weiterhin der Verringerung regionaler Ungleichheiten dienen. Sie sollte im MFR nach 2020 daher weiterhin hohe Priorität genießen. In kleinen Mitgliedstaaten wie Zypern ist eine starke Kohäsionspolitik von großer Bedeutung, da die negativen Auswirkungen der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotenzial ernsthaft beeinträchtigt haben und ernste finanzielle Einschränkungen auferlegten.

Die künftige Kohäsionspolitik sollte neben ihrem Fokus auf Ungleichheiten auch in der Lage sein, verschiedene soziale, territoriale und wirtschaftliche Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten anzugehen. Die bevorstehenden Diskussionen über die Zuteilungsregeln der kommenden Kohäsionspolitik und ihre thematische Konzentration könnten daher auch einige neue Möglichkeiten wie die Einführung spezifischer Kriterien im Hinblick auf nationale bzw. regionale Bedürfnisse und Besonderheiten beinhalten.

Gleichzeitig sollte der Trend, die Kohäsionspolitik an den übergeordneten Zielen der EU für Wachstum und Beschäftigung nach 2020 auszurichten, fortgesetzt werden. Die Kohärenz und Vereinbarkeit mit dem Europäischen Semester sollten weiter gestärkt werden.

Für die kommenden Finanzierungsvarianten bildet ein stärkerer Impuls für eine intensivere Nutzung der Finanzierungsinstrumente eine gute Grundlage für die Fokussierung von Investitionen auf die Prioritäten der EU. Die Finanzierungsinstrumente erhalten nach 2020 zunehmende Bedeutung, da sie in Bezug auf Effizienz und Nachhaltigkeit der öffentlichen Mittel erhebliche Vorteile bieten.



Harris Georgiades  
Finanzminister  
Zypern

Eine weitere Herausforderung der künftigen Kohäsionspolitik ist, ihre Leistungen für die Gesellschaft sichtbarer zu machen. Die Bedeutung der Politik für die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte des Alltagslebens der Bürger sollte sorgfältiger kommuniziert werden, besonders in den Mitgliedstaaten am geografischen Rand der EU.

Die laufenden Bemühungen, die Verfahren der Kohäsionspolitik zu vereinfachen und die Anforderungen an Kontrolle, Überwachung und Berichterstattung zu straffen, wird den Zugang der Bürger zur Kohäsionspolitik verbessern und sie im Hinblick auf Verfahren und Bürokratie weniger einschüchtern. ■

*„Die Finanzierungsinstrumente erhalten nach 2020 zunehmende Bedeutung, da sie in Bezug auf Effizienz und Nachhaltigkeit der öffentlichen Mittel erhebliche Vorteile bieten.“*



Κυπριακή Δημοκρατία

# Gemeinsam wirtschaftliche und politische Herausforderungen meistern



**Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, spricht über die künftige Rolle der Kohäsionspolitik im EU-Haushalt.**

*Wie kann der kommende Finanzierungszeitraum besser mit aktuellen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Einklang gebracht werden?*

Genau diese Frage soll der von der Kommission eingeleitete Reflexionsprozess über die Zukunft der EU-27 beantworten. Ich erarbeite mit meiner Kollegin Kommissarin Crețu ein Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen. Es wird, gemeinsam mit anderen Papieren zu den politischen und wirtschaftlichen Prioritäten der EU, einen Beitrag zur Debatte über die Zukunft Europas leisten: die soziale Dimension Europas, Globalisierung, Verteidigung und die Zukunft der Wirtschaft- und Währungsunion (WWU). Es beschreibt die zahlreichen Probleme, Optionen und Kompromisse, die wir eingehen müssen, je nachdem welches Szenario wir für die Zukunft der EU wählen.

Ich hoffe auf eine positive Debatte. Ich denke, dies ist möglich, solange der EU-Haushalt stärker an den politischen Prioritäten ausgerichtet wird und sich auf Programme und Politikbereiche mit eindeutigem europäischen Mehrwert fokussiert. Unser Grundprinzip sollte

*„Ich freue mich besonders über die allgemeine Anerkennung der wichtigen Rolle, die der EU-Haushalt in der europäischen Einigung spielt, da er Stabilität bewirkt und ein Ausdruck der Solidarität und der Gemeinsamkeit ist.“*

„Kein Euro wird ohne Mehrwert für die EU ausgegeben“ lauten und klarstellen, dass Europa wirtschaftliche und politische Herausforderungen gemeinsam am besten löst.

*Wie kann die Kohäsionspolitik nach 2020 zum Wachstum der europäischen Wirtschaft beitragen?*

Die Kohäsionspolitik ist ein Motor für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung und hat vielen Regionen geholfen, sich zu entwickeln. Daher verfügt sie eindeutig über einen europäischen Mehrwert. Während und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sie in vielen Regionen größere Störungen

verhindert. Daher muss diese Politik ein wesentlicher Bestandteil des künftigen EU-Haushalts bleiben. Doch wir müssen überlegen, ob wir ihren Mehrwert für die EU durch eine noch stärkere Konzentration auf Projekte, die erheblich zu den EU-Prioritäten, besonders Wachstum und Beschäftigung, beitragen, steigern können. Eine wesentliche Frage ist, ob wir uns stärker auf bedürftige Regionen konzentrieren sollten. Wir müssen überlegen, wie wir Regionen helfen können, die durch Globalisierung und technologischen Wandel beeinträchtigt sind. Schließlich müssen wir die Durchführungsvorschriften vereinfachen, um den Verwaltungsaufwand für alle zu verringern.

*“ Die Ergebnisse der Kohäsionspolitik wirksam zu kommunizieren, ist entscheidend. Kommunikation ist eine gemeinsame Verantwortung der Mitgliedstaaten und lokaler und regionaler Behörden. ”*



Aufgrund aktueller Erfahrungen glaube ich, dass die Kohäsionspolitik in Kombination mit einem konjunkturfördernden nationalen Wirtschaftsrahmen am effektivsten ist, d. h., wenn Strukturreformen durchgeführt werden, die den Rechtsrahmen, die Verwaltungskapazitäten und das Geschäftsumfeld, die erforderlich sind, sicherstellen. Für mich sollte folglich die Verknüpfung der Kohäsionspolitik und der wirtschaftspolitischen Steuerung im kommenden Finanzrahmen verstärkt werden.

*Wie kann die Kohäsionspolitik der EU helfen, sich ihren Bürgern wieder anzunähern?*

Die Kohäsionspolitik kann ihren Wert für die EU-Bürger am besten zeigen, indem sie deren Bedürfnisse und Erwartungen erfüllt: Beschäftigung und Wachstum ankurbeln und neue Prioritäten wie Energiesicherheit, Migration sowie Verteidigung und Sicherheit angehen.

Die Ergebnisse der Kohäsionspolitik wirksam zu kommunizieren, ist ebenfalls entscheidend. Kommunikation ist eine gemeinsame Verantwortung der Mitgliedstaaten und lokaler und regionaler Behörden. Die Verordnungen beinhalten

eine rechtliche Verpflichtung, Informationen über durch die Kohäsionspolitik finanzierte Projekte zu veröffentlichen. Es ist aber auch wichtig, die richtigen Distributionskanäle zu finden und das richtige Publikum anzusprechen, damit die Nachricht über die Vorteile der EU-Unterstützung auch ankommt.

Die erforderlichen Maßnahmen müssen alle vorhandenen Instrumente nutzen, mit den nationalen, regionalen und lokalen Behörden abgestimmt sein und ein Gleichgewicht zwischen Medienkampagnen und öffentlichen Debatten/Veranstaltungen finden, die öffentlichkeitswirksam sind und den Bürgern Gelegenheit geben, ihre Meinung zu sagen.

*Viele Menschen und Verbände mit unterschiedlichen Interessen haben ihre Meinung zum künftigen mehrjährigen Finanzrahmen hinterlegt. Sehen sie einen oder mehrere gemeinsame Nenner in diesen Stellungnahmen und wenn ja, welche?*

Ich freue mich besonders über die allgemeine Anerkennung der wichtigen Rolle, die der EU-Haushalt in der europäischen Einigung spielt, da er Stabilität bewirkt und ein Ausdruck der Solidarität und der

Gemeinsamkeit ist. Die Forderung, der Haushalt müsse schneller auf sich verändernde politische Prioritäten reagieren und sich den EU-Bürgern annähern, ist sicherlich ein gemeinsamer Nenner.

Es handelt sich natürlich um berechnete Erwartungen, die aber auf unterschiedliche Art und Weise erreichbar sind. Zu diesem Zeitpunkt habe ich keine vorgefassten Ideen, wie der künftige Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) aussehen soll. Es ist dafür einfach zu früh. Ich habe zwar meine Prioritäten, aber es ist wichtig, weiterhin offen für die Meinungen aller Akteure zu sein und die Ergebnisse der öffentlichen Debatte über die Zukunft der EU-27 abzuwarten. ■

# Kohäsionspolitik: ein echter Mehrwert für die Regionen

**Angesichts der Unzufriedenheit in Europa – den vielen aktuellen Krisen nach zu urteilen – muss die Europäische Union aus ihren wirksamsten politischen Maßnahmen Kapital schlagen. Dabei hat sich die Kohäsionspolitik als zentrales Element wiederholt als Politik erwiesen, die der EU bei der Wiederherstellung ihres guten Rufs helfen kann.**



Paul Magnette  
Ministerpräsident der Wallonie

Die Programmplanung für 2014–2020 stärkte die Union als wichtiges Investitionstool und als wesentlicher Mechanismus zur Umsetzung der europäischen Agenda. Als Katalysator für öffentliche und private Investitionen in europäische Projekte und Kooperationen mit hoher Wertschöpfung ermöglicht die Kohäsionspolitik eine größere Solidarität zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und ihren Regionen, und insbesondere zwischen den Regionen, Unternehmen und Bürgern.

Das Forum bietet nun der Wallonie Gelegenheit, zusammen mit den zahlreichen Befürwortern der Politik den durch die Kohäsionspolitik erzeugten Mehrwert herauszustellen.

Im Programmplanungszeitraum 2007–2013 wurden in der Wallonie durch Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert wurden, 10 996 Arbeitsplätze geschaffen und 401 Forscher für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten rekrutiert. Inzwischen haben eine Million Teilnehmer, von denen

die meisten einen besonders schlechten Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten hatten, bei Initiativen des Europäischen Sozialfonds Unterstützung oder Schulungen erhalten.

*„Die Kohäsionspolitik hat sich als zentrales Element wiederholt als Politik erwiesen, die der EU bei der Wiederherstellung ihres guten Rufs helfen kann.“*

Es muss auch betont werden, wie wichtig ein integrierter Ansatz für die regionale Entwicklung, starke Ökosysteme und Kooperationen mit anderen europäischen Regionen und insbesondere die Ausarbeitung einer regionalen Strategie für intelligente Spezialisierung ist, die sich als bemerkenswert wirksames Koordinierungsinstrument erwiesen hat. Dieser Ansatz muss

aufrechterhalten und weiterentwickelt werden, damit die Kohäsionspolitik als wichtiger Mechanismus für bereits in der EU vorhandene regionale Strategien dienen kann.

Innerhalb des Rahmens der durch das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ eingeleiteten Arbeit muss die Kohäsionspolitik unbedingt im Zentrum der Debatte bleiben. Während die 28, bald 27 Mitgliedstaaten die Essenz des europäischen Projekts wiederherzustellen versuchen, darf die EU durch die Vernachlässigung des Solidaritätsgedankens ihren eigenen Bürgern nicht fremd werden. Im Gegenteil: Sie muss die Solidarität stärken, um ihre bislang größte Herausforderung zu meistern – die Entstehung einer EU, die stark in ihrem vielfältigen Erbe und ihrer gemeinsamen Zukunft ist und „mit einer Stimme in all ihren Sprachen aus all ihren Seelen spricht“.



**Wallonie**

# Anpassungen vornehmen und Wachstum fördern

Entwicklungen im Rahmen der Kohäsionspolitik bedeuten einen Richtungswechsel, der darauf beruht, die Bedeutung des territorialen Ansatzes für die regionale Entwicklung anzuerkennen.

Die griechische und europäische Wirtschaft sind zugleich eng mit den Entwicklungen der Weltwirtschaft verknüpft. Das Ausmaß der Krise und die enge Verzahnung der europäischen Volkswirtschaften erfordern eine neue Form der internationalen Verständigung und koordinierte Maßnahmen.

*„Die Kohäsionspolitik ist gefordert, einen erheblichen Beitrag zur Erholung nationaler und regionaler Volkswirtschaften zu leisten.“*

Die Kohäsionspolitik ist hierfür einer der Grundpfeiler. Kreta und andere griechische Regionen haben erheblich davon profitiert, dass in den vergangenen zwanzig Jahren rund 64 Milliarden EUR an EU-Mitteln in unser Land geflossen sind.

Diese Mittel haben zur Stärkung der Infrastruktur, des Unternehmertums, zur Modernisierung der Verwaltung und zur Verbesserung der Humanressourcen beigetragen. Gemäß dem Evaluierungsbericht 2007-2013 bewirkten die Strukturfonds besonders in den Konvergenzregionen einen Anstieg des BIP um 4%. Es wurden außerdem 122 000 neue



Stavros Arnaoutakis  
Gouverneur von Kreta

KMU gegründet und 322 000 Arbeitsplätze geschaffen. Mithilfe aller Fonds wurden sogar 940 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Kohäsionspolitik ist gefordert, einen erheblichen Beitrag zur Erholung nationaler und regionaler Volkswirtschaften zu leisten, da viele europäische Regionen von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Der Rechtsrahmen für 2014-2020 bestärkt uns sogar, die verfügbaren Mittel für jene Sektoren und Tätigkeiten einzusetzen, die das höchste Wachstum versprechen. Der Mehrwert und die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik werden nun von Entscheidungsträgern, Akademikern und anderen Beteiligten diskutiert.

Ich möchte als Vertreter Kretas – einer europäischen Inselregion – betonen, dass die Kohäsionspolitik entscheidend für die Entwicklung europäischer Regionen und den Wohlstand der Bürger ist. Sie ist einer der Grundpfeiler der EU und muss nach dem jetzigen Planungszeitraum fortgeführt werden. Tatsächlich sollte die Möglichkeit zusätzlicher Unterstützung geprüft werden, damit sie ihre Aufgabe erfüllen kann.

Alle Vertreter europäischer Regionen stehen daher in der Pflicht, die Vorteile und die Bedeutung dieser Politik hervorzuheben, um sie vor kurzfristigen politischen Überlegungen zu schützen. Wir sind bereit, einen konstruktiven Dialog aufzunehmen, in dem erforderliche institutionelle Anpassungen, Verfahrensvereinfachungen und strategische Optionen ermittelt werden, die zur Stärkung der Kohäsionspolitik führen und eine offensichtliche Wirkung auf europäischer und internationaler Ebene haben. ■



Περιφέρεια Κρήτης

Region of Crete



# Kohäsionspolitik ist für eine breite Innovationskapazität in Schweden unverzichtbar

Aufgrund der aktuellen Spannungen in der EU ist eine robuste Kohäsionspolitik wichtiger als je zuvor.



Lena Micko  
Präsidentin des schwedischen  
Verbands der lokalen  
und regionalen  
Gebietskörperschaften (SALAR)

Die EU steht derzeit vor großen Herausforderungen. Der Flüchtlingsstrom stellt für einzelne Mitgliedstaaten und die europäische Zusammenarbeit eine enorme Belastung dar, und das Ergebnis des britischen Referendums stellt die europäische Geschlossenheit noch zusätzlich auf die Probe. Die EU muss zudem globale Herausforderungen wie Klimawandel, Verstädterung, alternde Bevölkerung und strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt aufgrund rasanter technischer Entwicklungen bewältigen, die im kommenden Finanzrahmen zu berücksichtigen sind.

Die aktuelle Kohäsionspolitik geht bereits viele dieser Herausforderungen an und trägt zu der für konkrete Ergebnisse wichtigen Mobilisierung auf lokaler und regionaler Ebene bei. Ich bin überzeugt, dass diese Politik auch im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen eine wichtige Rolle einnehmen sollte.

Lokale Behörden und Regionen sind über die Kohäsionspolitik mit dem europäi-

schen Projekt verbunden. Auf lokaler Ebene wird die EU durch diese Investitionen für die Bürger sichtbar und kann etwas für sie bewirken. Die Kohäsionspolitik kann dazu beitragen, einen Teil der verlorenen Glaubwürdigkeit der EU wiederherzustellen.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) hat in Schweden die zahlreichen neuen Einwanderer in vielen Gemeinden und Regionen unterstützt. Z. B. wurden Beratungsmaßnahmen und Sprachkurse finanziert, um qualifizierten Einwanderinnen bei der Arbeitssuche zu helfen. Wir von SALAR sind jedoch der Meinung, dass einige Änderungen erforderlich sind.

Wir glauben, dass die Mittel noch wirksamer zur Unterstützung von Integrationsinitiativen eingesetzt werden können. Wir befürworten die Einrichtung einer besonderen Beschäftigungsinitiative im ESF für neue Einwanderer ähnlich der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, die im aktuellen Planungszeitraum von der Kommission eingeführt wurde.

Eine solche Initiative würde in jenen Mitgliedstaaten und Regionen eingesetzt, die am meisten Flüchtlinge aufgenommen haben, und darauf abzielen, die Voraussetzungen für die Integration und Schulung dieser Zielgruppe zu schaffen. So würde der ESF den Bedarf an Kompetenzen und Qualifikationen regional decken.

Die Kohäsionspolitik ist auch für die Unterstützung des Innovationsgeistes der Regionen wichtig. Intelligente Spezialisierung ist eine besonders erfolgreiche Arbeitsweise, um Mittel regional zu bündeln. Sie beruht auf den besonderen Stärken jeder Region und ist für

„Lokale Behörden und Regionen sind über die Kohäsionspolitik mit dem europäischen Projekt verbunden. Die EU wird auf lokaler Ebene sichtbar und bewirkt durch Investitionen etwas für die Bürger.“

die Entwicklung in ganz Europa entscheidend. Ein stärkerer Fokus auf intelligente Spezialisierung im nächsten Planungszeitraum würde zu einer engeren Verknüpfung von Projekten, besseren Synergien mit anderen EU-Programmen und zu einer stärkeren Komplementarität und Zusammenarbeit in ganz Europa führen. ■



Swedish Association  
of Local Authorities  
and Regions

Die 290 Gemeinden und 20 Provinziallandtage und Regionen in Schweden sind Mitglieder des schwedischen Verbands der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. SALAR ist mit der Aufgabe betraut, ihnen bessere Bedingungen für die Selbstverwaltung zu verschaffen. <https://skl.se/english>

# Lokale Präsenz für die Überwindung regionaler Ungleichheiten

Die Voraussetzungen für lokale Regierungen, mehr europäische Fördermittel zu erhalten, umfassen in der Tschechischen Republik weniger Verwaltungsaufwand, weniger Prüfungen und ein besseres System.



František Lukl  
Präsident des Verbands der Städte und Gemeinden der Tschechischen Republik

„Die Instrumente der Kohäsionspolitik kennzeichnen ein hoher Verwaltungsaufwand und komplizierte, nicht einheitliche Vorschriften, die schwer einzuhalten sind, besonders durch Kleinstädte und Gemeinden.“

Im Programmplanungszeitraum 2007-2013 haben lokale Regierungen in der Tschechischen Republik mittels europäischer Fördermittel mehr als 23 000 Projekte in einem Wert von über 153 Milliarden CZK (rund 5,46 Milliarden EUR) durchgeführt. EU-Mittel sind somit nach wie vor wichtig für die Finanzierung des öffentlichen Sektors. Sie ermöglichen erhebliche Investitionen, z. B. in die Umwelt, und unterstützen kleinere Projekte, die für die lokale Entwicklung wichtig sind.

Städte und Dörfer konnten zugunsten eines bestimmten Ortes und seiner Bevölkerung doppelt so viele Gelder aus den EU-Fonds wie im ersten Programmplanungszeitraum in Anspruch nehmen. Die Nutzung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Mittel der Kohäsionspolitik war, ist und bleibt wahrscheinlich eine der besten Möglichkeiten, die sich die Tschechische Republik durch den EU-Beitritt erschlossen hat.

Die künftige Kohäsionspolitik sollte für die wirksame Inanspruchnahme auf den Ergebnissen der regionalen und nationalen Strategien der einzelnen Länder beruhen. Vereinfacht gesagt sollten die besonderen Bedürfnisse des betreffenden Staates berücksichtigt werden. Angemessene Umstände in der Zusammenarbeit mit regionalen Partnern zeigen genau, welche Bereiche wesentlich sind und daher von der Kohäsionspolitik unterstützt werden müssen.

Der tatsächliche Bedarf eines Gebietes kann nur vor Ort festgestellt werden, daher muss ein territorialer Ansatz gefördert werden. Künftige Ausschreibungen sollten daher stets darauf ausgerichtet sein, regionale wirtschaftliche Unterschiede zu überwinden. Es ist mittlerweile klar, dass die Kohäsionspolitik sich nicht nur auf Wirtschafts- und Investitionsthemen konzentrieren sollte, sondern versuchen muss, entlegene ländliche Gebiete und Bergregionen sowie Randbereiche attraktiver zu machen, indem ihr Wachstum unterstützt und die lokale Beschäftigung und Lebensqualität erhöht wird. Das Ziel sollte darin bestehen, dass die Menschen in diesen Gebieten bleiben und sie weiterentwickeln.

Ich möchte als Präsident des Verbands der Städte und Gemeinden der Tschechischen Republik und Bürgermeister von Kyjov hervorheben, dass einige Hürden dafür sorgen, dass die Gemeinden die Instrumente der Kohäsionspolitik nicht vollständig nutzen können. Dazu zählen in erster Linie ein hoher Verwaltungsaufwand und komplizierte, uneinheitliche Vorschriften, die schwer einzuhalten sind, besonders durch Kleinstädte und Gemeinden. Aus diesem Grund können lokale Regierungen die europäischen Fördermittel nicht so erfolgreich nutzen.

In der Tschechischen Republik ist das komplexe Kontrollsystem ein weiteres enormes Problem. Verschiedene Kontrollgremien prüfen dasselbe Projekt, kommen aber oft zu unterschiedlichen Ergebnissen. Die Gemeinden leben in ständiger Angst vor Sanktionen. So wird die Stabilität des Systems zur Beantragung europäischer Fördermittel sicherlich nicht verbessert. Viele lokale Regierungen sind sogar vollends entmutigt, EU-finanzierte Projekte durchzuführen.

Bei der Vorbereitung des kommenden Programmplanungszeitraums ist es entscheidend, lokale Informationen und Erfahrungen zu berücksichtigen. Der Verwaltungsaufwand für europäische Projekte sollte verringert, das Fördersystem vereinfacht und Prüfungen gestrafft werden. Nur dann haben lokale Regierungen Lust (und Mut :-)), durch EU-Fördermittel finanzierte Projekte durchzuführen und weiter das wichtigste Ziel der Kohäsionspolitik zu verfolgen: die Beseitigung regionaler Ungleichheiten. ■

Svaz měst a obcí  
**SMO**  
ČESKÉ REPUBLIKY

Der Verband der Städte und Gemeinden der Tschechischen Republik ist eine freiwillige, unpolitische Nichtregierungsorganisation, die als Interessenvertretung juristischer Personen gegründet wurde:  
<http://www.smocr.cz/default.aspx?languageCode=EN>

# Die Wahrnehmung der Bürger der EU-Regionalpolitik steigt

Die neueste Eurobarometer-Umfrage zur Regionalpolitik (Sommer 2017) liefert erneut viele interessante Ergebnisse mit nützlichen Hinweisen für alle, die im Bereich der Kommunikation in der EU-Regionalpolitik tätig sind.

## Der Europäische Solidaritätsfonds ist sehr beliebt

Erstmals wurden Bürger zum Europäischen Solidaritätsfonds befragt. Beeindruckende 59% gaben an, von ihm gehört zu

haben (38% der Befragten waren nicht sicher, ob er in ihrem Land eingesetzt wird). Dieses eindrucksvolle Ergebnis könnte auf die Berichterstattung über die Katastrophenhilfe in den Fernsehnachrichten in ganz Europa zurückzuführen sein.

## Stärkere und positive Wahrnehmung

Auf EU-Ebene ist die Wahrnehmung regionalpolitischer Projekte im Vergleich zur vorherigen Umfrage 2015 etwas höher: 35% der Befragten teilten mit, von EU-kofinanzierten Projekten in ihrer Stadt oder Region gehört zu haben. Dies entspricht einem Anstieg um 1 Prozentpunkt (pp). Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, die von Polen mit 80%, der

Grafik 1 Europa bietet Regionen und Städten finanzielle Unterstützung. Haben Sie von Projekten zur Verbesserung Ihrer Region gehört, die von der EU kofinanziert werden? (% – JA)

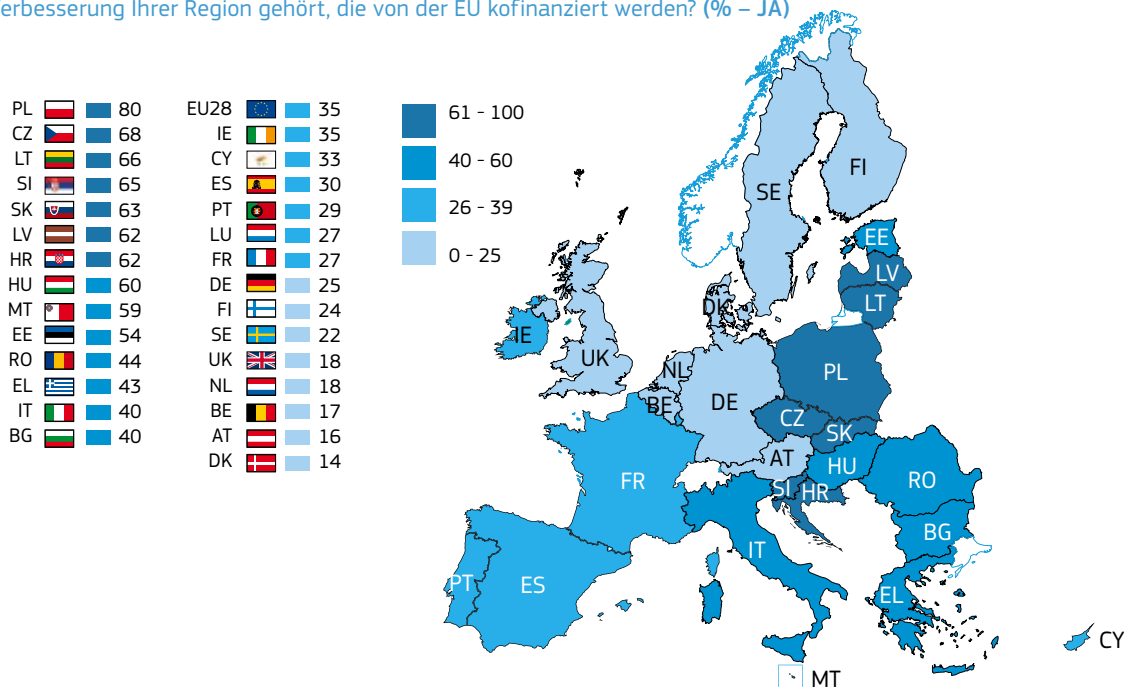
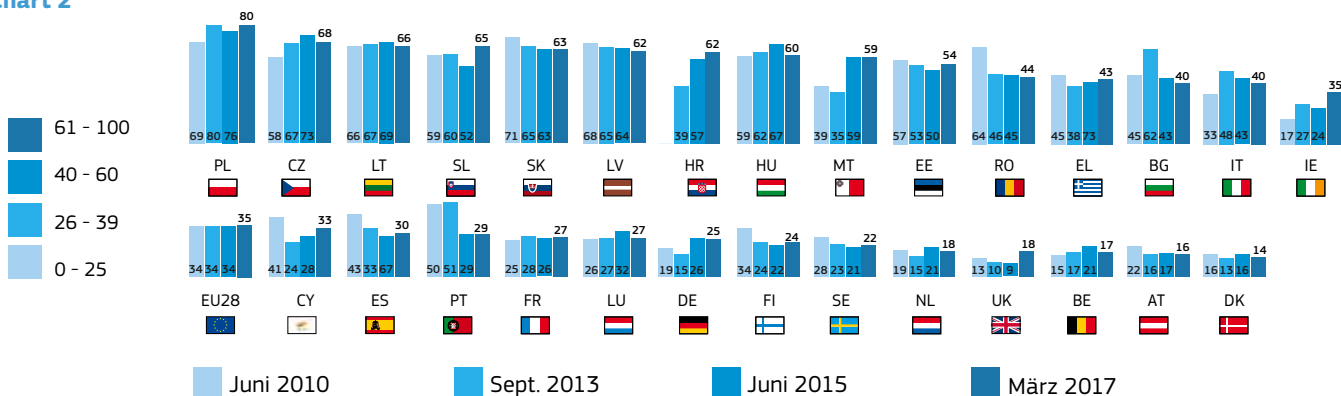
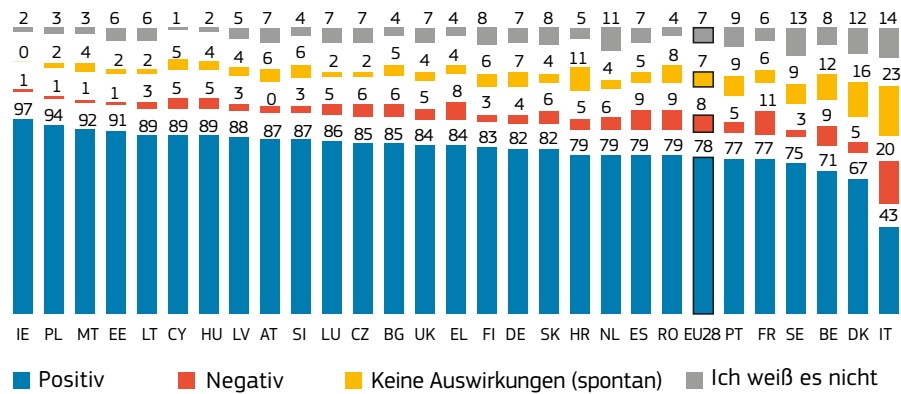


Chart 2

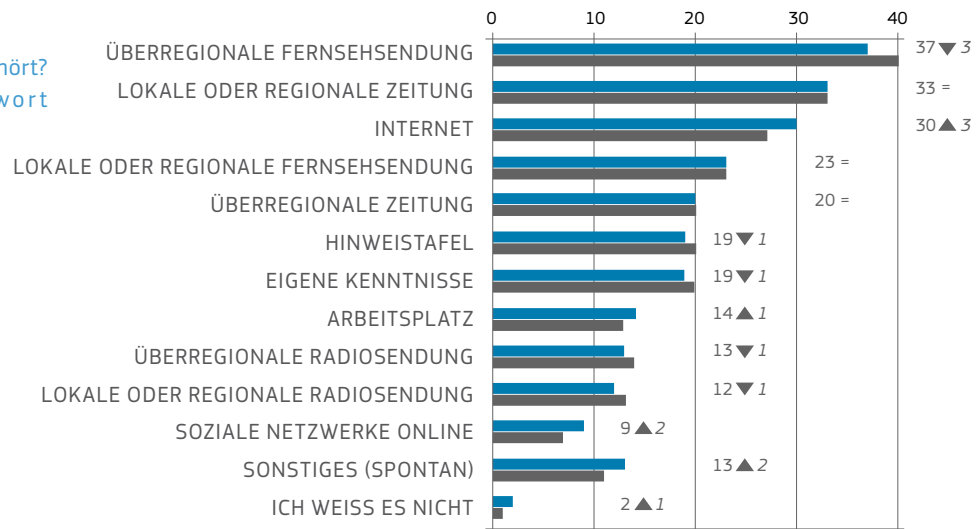


Würden Sie unter Berücksichtigung aller Projekte, von denen Sie gehört haben, sagen, dass diese Unterstützung positive oder negative Auswirkungen auf Ihre Stadt oder Region hatte? (% – JA)



Wo haben Sie etwas darüber gehört? Und wann? (mehrfachantwort möglich) (% – EU)

■ März 2017  
■ Juni 2015



Tschechischen Republik mit 68% und Litauen mit 66% bis hin zu 14% in Dänemark, 16% in Österreich und 17% in Belgien reichen. Einzelheiten sind **Grafik 1** zu entnehmen.

Der größte Anstieg in der Wahrnehmung wird in Slowenien (+13 pp), Irland (+11 pp) und im Vereinigten Königreich (+9 pp) verzeichnet, während Ungarn (-7 pp), die Tschechische Republik und Luxemburg (je -5 pp) einen Rückgang bei der Wahrnehmung zeigen. In **Grafik 2** ist dieser Trend deutlich zu sehen.

Die Erregung der Aufmerksamkeit der Bürger ist nur dann wirklich wertvoll, wenn EU-Investitionen in den Regionen positiv wahrgenommen werden. Die Ergebnisse sind ermutigend: 78% der Befragten, die angaben, solche Projekte zu kennen, hatten eine positive Meinung zu ihren Auswirkungen (siehe **Grafik 3**). Das sind 3 pp mehr als bei der letzten Umfrage. Mit Ausnahme von Italien erkennen mindestens zwei Drittel der Bürger in allen Mitgliedstaaten die positiven Auswirkungen dieser Investitionen an. Irland (97%), Polen (94%) und Malta (92%) sind hier führend.

**Welche Medien genießen Priorität?**

Die Umfrage liefert außerdem eine ausführliche Analyse zu den Medientypen, über die Bürger von den Projekten der EU-Regionalpolitik hören. Ganz allgemein bleibt Fernsehen (nationale und regionale Sender kombiniert) mit 60% der Nennungen die wichtigste Quelle, gefolgt von regionalen und landesweiten Zeitungen mit 53% und dem Internet und sozialen Medien mit 39% der Nennungen (Mehrfachantworten waren möglich). Mit 19% der Nennungen spielten Hinweis- und Erinnerungstafeln ebenfalls eine wichtige Rolle (siehe **Grafik 4**).

**DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE AUF EINEN BLICK IN DEN LÄNDERÜBERSICHTEN**

Leser, die an den wichtigsten Ergebnissen für ein bestimmtes Land interessiert sind, sollten sich die online verfügbaren Länderübersichten der Regionalpolitik in den Landessprachen und in englischer Sprache ansehen (siehe: <http://europa.eu/!fp74dJ>). Für eine ausführlichere Analyse nach Land ist ein genauerer Blick auf den Eurobarometer-Bericht oder die Datensätze zu empfehlen.

# Die ESI-Funds optimal nutzen

*Panorama* führt ein Interview mit Mari Kiviniemi, der stellvertretenden Generalsekretärin der OECD. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt die Bedeutung von ortsbasierten Initiativen und der effizienten Koordinierung und Anwendung europäischer Finanzierungsinstrumente, um Investitionen und ihre Auswirkungen auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene in der gesamten EU zu verbessern.



*Welchen allgemeinen Standpunkt vertritt die OECD im Hinblick auf die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds?*

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sind eine wichtige ortsbasierte Dimension im politischen Werkzeugkasten der EU. In den vergangenen Jahren sind diese Fonds aufgrund ihres verstärkten Fokus auf konjunkturfördernde Faktoren wie Infrastruktur, Innovation und Kompetenzen schrittweise ein Teil des strukturpolitischen Gesamtpakets geworden. Die ESI-Fonds sollten sich weiter auf diese Wachstumsziele konzentrieren und zunehmendem Druck widerstehen, diese Mittel für andere Erfordernisse einzusetzen. Diese Maßnahmen müssen aber durch wichtige Überlegungen ergänzt werden. Zunächst müssen sie regional differenziert werden, um sicherzustellen, dass die dringlichsten Bedürfnisse vor Ort priorisiert werden. Außerdem muss die EU-Regionalpolitik gewährleisten, dass nationale öffentliche Mittel ergänzt anstatt ersetzt und die Mittel wirksam eingesetzt werden. Genauso wichtig ist

sicherzustellen, dass sie auf allen Regierungsebenen gut koordiniert werden und die Investitionsentscheidungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene reflektieren, um die Investitionseffizienz zu steigern.

*Welche Rolle sollten diese Mittel im EU-Haushalt und allgemein bei der Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele spielen?*

Nach OECD-Standards gehört das leistungs- und ergebnisorientierte EU-Haushaltssystem zu den fortschrittlichsten im Standard-Index der haushaltspolitischen Leistungsrahmen. Auf Grundlage einer OECD-Analyse, die derzeit fertiggestellt wird, umfasst die EU-Haushaltspraxis viele effektive und innovative Aspekte, die nationalen Regierungen bei der

*“ Die ESI-Fonds sind eines der wenigen Instrumente für Solidarität in den EU-Ländern. Die ist besonders für die Länder des Euro-Währungsgebiets wichtig, für die es keine zwischenstaatlichen Haushaltstransfers gibt. ”*

Erarbeitung ihrer Agenden für leistungsorientierte Haushaltsreformen ein Vorbild sein können. Besonders die Initiative „ergebnisorientierter EU-Haushalt“ zielt darauf ab, die Verbindungen zwischen Ausgaben und greifbaren Ergebnissen zu verstärken. Die OECD sieht viel Spielraum, dass die EU-Haushaltspraxis



“ Eine Besonderheit der ESI-Fonds ist die formelle Verpflichtung von sieben Jahren gegenüber kürzeren Laufzeiten für territoriale Politiken in Ländern außerhalb Europas. ”



stärker profitieren kann, indem vorab und nachträglich klare, prägnante Aussagen zu wirtschaftlichen und anderen politischen Zielen und Ergebnissen getroffen werden, damit sich Parlament und Rat der EU-Haushaltspolitik intensiver widmen können.

Der OECD-Agenda für integratives Wachstum entsprechend finanziert der EU-Haushalt Maßnahmen mit Wachstums- und Kohäsionszielen. Aufgrund ihrer starken Investitionsausrichtung sollten die Fonds darauf abzielen, die Produktivität der europäischen Volkswirtschaften zu steigern. Die Fonds sind gleichzeitig eines der wenigen Solidaritätsinstrumente in den EU-Ländern. Dies ist besonders für die Länder des Euro-Währungsgebiets wichtig, für die es keinen zwischenstaatlichen Haushaltstransfer gibt. Es bleiben jedoch wichtige Fragen zur Art der getätigten Investitionen offen, da der Mehrwert für Europa vielleicht weniger erkennbar ist, besonders wenn die Mittel für Soforthilfen eingesetzt werden.

*Welche Voraussetzungen sind erforderlich, um ihre Wirkung und ihren wirksamen Einsatz zu maximieren?*

Investitionen der ESI-Fonds müssen Wachstum fördern, um ihre Wirkung im Hinblick auf die Zusammensetzung und Wirksamkeit der öffentlichen Finanzen zu potenzieren. Wenn sie eingesetzt werden, um nationale Fonds und private Investitionen anzukurbeln, können sie Investitionen und Produktivität fördern. Solide politische Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Investitionen auf mehreren Regierungsebenen zu koordinieren und die Verwaltungskapazität zu vergrößern, sind für die Maximierung ihrer Wirkung auf nationaler und regionaler Ebene

entscheidend. Die OECD hat 12 Grundsätze für Effektive öffentliche Investitionen auf allen Regierungsebenen entwickelt, die vom EU-Ausschuss der Regionen unterstützt werden. Die Leitlinien beschreiben, wie Herausforderungen im Zusammenhang mit der vertikalen und horizontalen Koordinierung in unterschiedlichen Rechtsordnungen für Investitionen in entsprechendem Umfang, mit subnationalen Kapazitäten und breiten Rahmenbedingungen für effektive öffentliche Investitionen gemeistert werden können.

Die OECD-Empfehlung betont, dass Steuerungsinstrumente für diese nicht spontane Koordinierung benötigt werden. Solche Instrumente umfassen u. a. Dialogplattformen, Kofinanzierungsvereinbarungen und finanzielle Anreize für die Koordinierung. Konditionalitäten können unter bestimmten Voraussetzungen auch eine bessere Steuerung der öffentlichen Investitionen bewirken. Die in der EU für den Förderzeitraum 2014-2020 eingeführten *Ex-ante*-Konditionalitäten gewährleisten eine direkte Verbindung zwischen den durch die ESI-Fonds kofinanzierten Investitionen und den Strategien auf EU-Ebene. Sie helfen, politische Reformen zu veranlassen und einen besseren Einsatz der Mittel zu fördern.

*Wie bewerten Sie die europäische Kohäsionspolitik und diese Mittel im Verhältnis zu anderen territorialen Strategien in Nicht-EU-Ländern?*

Es ist äußerst schwierig, die Auswirkungen einer Strategie auf die Leistung eines bestimmten Landes, einer Region oder einer lokalen Wirtschaft zu beurteilen. Im Fall der ESI-Fonds haben viele Länder, in denen die Konvergenz durch diese Mittel unterstützt wurde, im vergangenen Jahrzehnt nach der Finanzkrise eine

finanzpolitische Konsolidierung/Straffung erlebt, die zu einem starken Rückgang der öffentlichen Investitionen in Europa führte. Diese Mittel waren zu dieser Zeit jedoch eine der wenigen stabilen Quellen zur Unterstützung von Investitionen, besonders für subnationale Regierungen.

Eine Besonderheit der ESI-Fonds ist die formelle Verpflichtung von sieben Jahren gegenüber kürzeren Laufzeiten für territoriale Politiken in Ländern außerhalb Europas. Die ESI-Fonds bieten somit ein langfristiges strukturpolitisches Instrument, das den regionalen Volkswirtschaften eine frühzeitige Anpassung ermöglicht, um den Bürgern eine Gelegenheit zu bieten, zukunftsfähige Entwicklungschancen zu ergreifen. Unsere Studien über OECD-Länder verweisen auf zwei wichtige Aspekte bei Erarbeitung erfolgreicher territorialer Politiken. Der erste Aspekt ist die Schaffung effektiver Verbindungen zwischen Städten und ländlichen Gebieten bei Infrastrukturpolitik, Raumplanung, Arbeitsmarktintegration und politischen Fragen. Der zweite Aspekt ist die Bedeutung des im internationalen Wettbewerb stehenden Sektors für handelbare Güter, der für den wirtschaftlichen Aufholprozess rückständiger Regionen entscheidend ist. Unsere Studien zeigen, dass die Regionen, die aufholen, tendenziell stärker auf den Handel mit solchen Gütern spezialisiert sind. ■

# Regionale und lokale Prioritäten mithilfe territorialer Instrumente anpacken

Die nachhaltige Entwicklung ganz Europas wird nicht nur die wirtschaftliche Attraktivität erhöhen, sondern auch die Fähigkeit, unterschiedliche – bestehende und künftige – finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krisen zu bewältigen.

Die grundlegende Bedeutung der Kohäsionspolitik stammt direkt aus dem Vertrag von Lissabon und ist heute noch gültig. Die Beseitigung von Entwicklungsunterschieden ist ein entscheidender Faktor für die weltweite Wettbewerbsposition Europas. Dies zeigt sich insbesondere an der durch die EU-Institutionen bestätigten Tatsache, dass jeder in die Kohäsionspolitik investierte Euro trotz der übermäßigen Bürokratie und Komplexität der politischen Instrumente im Durchschnitt 2,75 EUR erwirtschaftet.



Andrzej Porawski  
Geschäftsführer der  
Vereinigung polnischer Städte

*„Die Art und Weise, wie EU-Bürger über die Auswirkungen der Kohäsionspolitik informiert werden, muss sich radikal ändern. Diese Auswirkungen sind zwar unbestreitbar, aber den Bürgern fast völlig unbekannt.“*

Eine schnellere Entwicklung vieler Teile Europas aktiviert nicht nur das bisher ungenutzte Potenzial, sondern macht diese Gebiete auch für Investoren, Touristen und andere Partner aus der ganzen Welt attraktiv.

Die Kohäsionspolitik liefert auch greifbare Ergebnisse, die z. B. in Polen anhand der Entwicklung von Gebieten, die durch das Sonderprogramm „Ostpolen“ finanziert werden, und durch die aktuell höhere Wachstumsrate der Entwicklungsindikatoren für ländliche Gebiete im Vergleich zu Städten sichtbar werden.

Die Bündelung von Maßnahmen in Prioritätsbereichen ist ein großer Vorteil der

Kohäsionspolitik. Im neuen Programmplanungszeitraum findet eventuell eine Anpassung der Prioritäten an sich rasch verändernde Bedürfnisse und Herausforderungen statt. Er dürfte jedoch auch eine größere Flexibilität bei der Festlegung genauer Ziele in Prioritätsbereichen ermöglichen.

Daher ist es wichtig, regionalen und lokalen Behörden die Möglichkeit zu geben, genaue Ziele für genehmigte Einsatzbereiche festzulegen. Die regionalen und lokalen (für städtische funktionale Gebiete) operationellen Programme sollten die Instrumente für die Durchführung der Kohäsionspolitik sein. Die Umsetzung der Programme, die gemäß dem Grundsatz der territorialen Ausrichtung von Maßnahmen erarbeitet und durchgeführt werden, sollte durch Zusammenschlüsse regionaler oder lokaler Behörden erfolgen.

Die territorialen Instrumente sollten sich auf die Herausforderungen der städtischen funktionalen Gebiete bei der optimierten Nutzung lokaler Ressourcen und

der Verbesserung von Lebens- und Geschäftsbedingungen konzentrieren. Ähnliche Instrumente für eine bessere Integration ländlicher Gebiete in Entwicklungsprozesse werden ebenfalls benötigt. Die besondere Art der Herausforderungen, die diese Gebiete bewältigen müssen, erfordert die Schaffung territorialer Instrumente innerhalb operationeller Programme, die auch die Ressourcen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums berücksichtigen.

Die Art und Weise, wie EU-Bürger über die Auswirkungen der Kohäsionspolitik informiert werden, muss sich radikal ändern. Diese Auswirkungen sind zwar unbestreitbar, aber denjenigen Bürgern, die die Bedeutung der sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und gesellschaftlichen Ergebnisse dieser Politik nicht kennen, fast völlig unbekannt. Die Identitätskrise in der EU kann besonders mithilfe der Kohäsionspolitik überwunden werden, denn ihre Auswirkungen sind sowohl bei Begünstigten als auch in hoch entwickelten Gebieten spürbar, zum Beispiel in Form zusätzlicher Aufträge, mehr Exporten, Investitionen und neuen Arbeitsplätzen. ■



Die Vereinigung polnischer Städte hilft den Städten des Landes, sich sozial und wirtschaftlich zu entwickeln und bewährte Verfahren in der modernen und innovativen Gemeindeverwaltung einzusetzen. Sie arbeitet mit staatlichen und privaten Körperschaften zusammen, um die bestmöglichen Bedingungen zu erschaffen, damit Städte hochwertige öffentliche Dienste anbieten können: <http://www.zmp.poznan.pl/en>

# Flexibilität, Vereinfachung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation für die Kohäsionspolitik nach 2020

Die Europäische Union sieht sich aktuell mit unvorhergesehenen Herausforderungen beispiellosen Ausmaßes konfrontiert. Es ist dringend notwendig, öffentliche und private Investitionen in den Mittelpunkt zu stellen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Kohärenz zwischen Strategien und deren Verbindungen zu nationalen sektoralen und regionalen Strategien zu verbessern.



Iskra Mihaylova  
Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des EP

Als nach wie vor wichtigste Investitionspolitik kann die Kohäsionspolitik einen erheblichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, um wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in Europa zu erreichen. Aufgrund der Krisen, die das europäische Projekt in seinen Grundfesten erschüttern, sind diese Ziele wichtiger als je zuvor.

Der Ausschuss für regionale Entwicklung stimmt sich seit jeher gut mit der Europäischen Kommission, dem Rat, dem Ausschuss der Regionen und Organisationen der interregionalen Zusammenarbeit ab. Sein Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung der Kohäsionspolitik, der Prüfung ihrer Umsetzung und Gesamtwirkung sowie auf dem Aufzeigen von Tendenzen für ihre künftige Entwicklung.

Die modernisierte Kohäsionspolitik sollte auf ergebnisorientierter Haushaltsplanung, *Ex-ante*-Konditionalitäten und thematischer Konzentration beruhen und Flexibilität bei der Abdeckung besonderer kurzfristiger Bedürfnisse einräumen. Die Verknüpfungen zum Europäischen Semester und dem Prozess der wirtschaftspolitischen

Steuerung sollten beibehalten werden, um geeignete Rahmenbedingungen für Investitionen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zu gewährleisten.

Die europäische territoriale Zusammenarbeit hat Wirksamkeit und Mehrwert für die EU-Ziele bewiesen und trägt zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts bei und sollte daher nach 2020 ein wichtiges Instrument bleiben.

*„Das EU-Programm zur Unterstützung von Strukturreformen wird zum wirksamen, effektiveren Einsatz der EU-Mittel beitragen.“*

In den kommenden Jahrzehnten wird die Verstärkung eine wesentliche Rolle spielen, eine bessere Koordinierung der EU-Strategien für Städte ist somit entscheidend.

EU-Prioritäten sowie nationale, regionale und lokale Bedürfnisse müssen

besser aufeinander abgestimmt werden. Die Verlängerung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen wird hier zum wirksamen, effektiveren Einsatz der EU-Mittel beitragen. Beim Einsatz von ESI-Fonds, EFSI und anderen Finanzierungsinstrumenten ist eine bessere Komplementarität zu gewährleisten, damit Länder und Regionen neues Wachstumspotenzial freisetzen und Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit steigern können.

Ich möchte außerdem die Verlängerung des EFSI und den Abschluss der Überprüfung der Haushaltsordnung 2014-2020 und ihrer nachgeordneten Rechtsakte hervorheben, die Flexibilität, Vereinfachung, Hebelwirkungen und zusätzliche Investitionen ermöglichen.

Es ist von grundlegender Bedeutung, Mechanismen und umfassende institutionalisierte Kooperationsplattformen zu etablieren, um die Erfolge und bewährten Verfahren, die durch die ESI-Fonds erreicht wurden, sichtbar zu machen und für sie zu sensibilisieren. ■



Europäisches Parlament

# Eine zweifache Vision für die Kohäsionspolitik nach 2020

Die Bürgermeister der grenzüberschreitenden Stadt Valga bzw. Valka stellen ihre Visionen und Träume für die EU-Regionalpolitik und Stadtentwicklung nach 2020 vor.

Die Städte Valga (Estland) und Valka (Lettland) bieten eines der anschaulichsten Beispiele dafür, wie zwei Nachbarländer die Grundwerte der EU erfüllen. Deren Schwerpunkt ist die Freizügigkeit von Menschen, Arbeitnehmern, Kapital und Dienstleistungsverkehr zur Förderung der Entwicklung in Lettland und Estland – gemeinsame Projekte sind daher eine Notwendigkeit für das Leben und die Zukunft.

*“Valga-Valka ist bereit, ein Muster für vergleichbare Gebiete und Städte zu werden, denn wir haben Erfahrung, guten Willen und Pläne für die gemeinsame Entwicklung.”*

Diese Zusammenarbeit wird durch das EU-Projekt „Entwicklung des Stadtzentrums Valga-Valka“ gestärkt und zeigt auch auf bemerkenswerte Weise, wie die EU sich um regionale Entwicklung kümmert. Erwähnenswert ist auch, dass Architekten aus Spanien, Estland, Lettland und Italien diese Visionen umsetzen werden.



Vents Armands Krauklis  
Bürgermeister von Valka (LV)



Kalev Härk  
Bürgermeister von Valga (EE)

Wir hoffen, uns mit einer stärkeren Unterstützung der lettischen und estnischen Regierung und der EU-Institutionen zu einer echten gemeinsamen Stadt zu entwickeln, die hochqualifizierte Gesundheitsdienste, ein verbessertes Bildungssystem, Geschäftsentwicklung und Arbeitsmarkt miteinander teilt.

Unterschiede in der Gesetzgebung, u. a. bei Steuern, sollten diese Entwicklung nicht behindern. Schwesterstädte benötigen besondere Gesetze und Vereinbarungen zwischen den Staaten und auf europäischer Ebene.

Valga-Valka ist bereit, ein Muster für vergleichbare Gebiete und Städte zu werden, denn wir haben Erfahrung, guten Willen und Pläne für die gemeinsame Entwicklung. Unsere Erfolgsgeschichte kann heute, da die Zukunft der EU diskutiert wird, als ein ausgezeichnetes Beispiel dienen, um Europaskep-

tiker zu überzeugen, dass die EU die einzige Möglichkeit bietet, um wettbewerbsfähig zu bleiben. ■

1 city, 2 states



VALGA • VALKA



# Kohäsion durch Integration: unsere Herausforderung für die Zukunft

Wir hören häufig, dass die Europäische Union auf Distanz zu ihren Bürgern bleibt und sich nur mit wirtschaftspolitischen Themen beschäftigt. Diese Kritiker lade ich nach Santa Coloma de Gramenet ein – dort können sie sehen, wie Strukturpolitik die Leben vieler Menschen direkt und greifbar verändern kann.

In der katalanischen Stadt können die Menschen den herrlichen sanierten Flusspark am Besòs genießen, die öffentliche Bibliothek gegenüber einem städtischen Unternehmenszentrum besuchen, im Sportzentrum schwimmen gehen oder in der Markthalle „Fondo“ einkaufen gehen, während ihre Kinder im selben Gebäude in den Kindergarten gehen. Ein wesentlicher Teil des Weges wird auf Straßen zurückgelegt, die wie die genannten Gebiete und Infrastrukturen durch die Kohäsionspolitik finanziert wurden.

In unserer mit wenigen Finanzmitteln ausgestatteten Stadt haben wir die Notwendigkeit erkannt, die Finanzierung unserer Projekte gleich zu Beginn zu sichern. Dazu nutzten wir die Gemeinschaftsinitiative URBAN I für besondere städtische Maßnahmen im operationellen Programm „Katalonien“, die Teil des Europäischen Strukturfonds ist. Diesen Weg setzen wir im Zeitraum 2014-2020 durch integrierte Strategien für nachhaltige Stadtentwicklung fort.



Xavier Valderrama  
Koordinator für Europäische  
Stadtentwicklungsprojekte,  
Stadtrat, Santa Coloma de  
Gruamet

Wir begreifen diese Möglichkeiten als Teil eines fortlaufenden Prozesses, die Stadt ausgewogener und autark zu gestalten. Unser bestehendes lokales Erbe haben wir durch einen integrierten Ansatz für Nachhaltigkeit, öffentliche Beteiligung und lokale Steuerung ergänzt.

Die Erfahrungen mit der Kohäsionspolitik waren zwar sehr positiv, die Herausforderungen für europäische Städte bleiben insgesamt jedoch enorm. Besonders

„Diese Kritiker lade ich nach Santa Coloma de Gramenet ein – dort können sie sehen, wie Strukturpolitik die Leben vieler Menschen direkt und greifbar verändern kann.“

beunruhigend ist die wachsende Zahl der von sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen. Die Wirtschaftskrise hat zu mehr Ungleichheit in unseren Gesellschaften geführt und ist einer der Hauptgründe für die politische Gleichgültigkeit auf allen staatlichen Ebenen. Trotz der erwähnten Bedeutung der Beteiligung an der EU für ein besseres Leben und trotz der Bemühungen, diese Bedeutung zu vermitteln, könnte die Öffentlichkeit paradoxerweise weiterhin Institutionen dafür verantwortlich machen, wenn manche staatliche Ebenen sich weiter entfernen.

Die Kohäsionspolitik nach 2020 sollte daher ihre Prioritäten für soziale Integration in allen regionalen politischen Rahmen bestätigen. Besonders sollte verpflichtend ein Plan zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung in die Stadtentwicklungsstrategien aufgenommen werden, der messbare Ziele umfasst, und diese Priorität sollte höhere Finanzmittel erhalten. Die Strategien in unseren Städten sollten sich ab sofort auf eine nachhaltige, integrierte und integrative Stadtentwicklung konzentrieren. Niemand darf ausgegrenzt werden. Zusammenhalt kann nur durch Integration entstehen und dadurch stärker werden. ■



Ajuntament  
de Santa Coloma  
de Gramenet



INTERVIEW MIT **MICHAEL STORPER**,  
PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSGEOGRAFIE  
AN DER LONDON SCHOOL OF ECONOMICS

## In einer globalisierten Welt sind Regio- nen wichtiger denn je



Kurz vor der Veröffentlichung des Reflexionspapiers „Die Globalisierung meistern“ durch die Kommission richtete sie ein hochrangiges Seminar zum Thema „Globalisierung: Warum Regionen wichtig sind“ aus, um die Geografie des Wachstums, der Arbeitsplätze und der Ungleichheit in Europa zu erörtern, während Globalisierung, technologischer Wandel und nachhaltige Entwicklung die EU-Region auf verschiedene Arten beeinflussen.

Professor Michael Storper hat an diesem Seminar teilgenommen.

*Als Einleitung Ihrer Präsentation zitierten Sie The Economist: „Regionale Ungleichheit erweist sich als politisch zu gefährlich, als dass man sie ignorieren könnte“. Anschließend merkten Sie an, dass diese Ungleichheit die schwierige Frage unterstreicht, ob man in stärker oder in schwächer entwickelte Regionen investieren sollte. Was ist also wichtiger: Effizienz oder Gerechtigkeit?*

Für dieses hochrangige Treffen habe ich mit meinen Kollegen **Simona Iammarino** und **Andres Rodriguez-Pose** eine Studie mit dem Titel „Regionale Entwicklung im Zentrum der wirtschaftlichen Zukunft Europas“ erarbeitet. Wir vertreten den Standpunkt, dass es nicht mehr einfach um einen Kompromiss zwischen Effizienz und Gerechtigkeit geht. Wenn wir unter „Effizienz“ die Konzentrierung in den einkommens-

stärksten Regionen verstehen, aus denen sich dann Vorteile in alle anderen Regionen verbreiten sollen, dann ist das eine überholte Vorstellung.

Die Verbreitungsmechanismen sind schwächer geworden: Fähigkeiten und Innovation konzentrieren sich an wenigen Orten, die Migration stagniert und man selektiert stärker zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Menschen. Langfristig können Menschen, die in vielen Regionen unausgelastet sind, ihre Talente nicht entwickeln, die Migration wird immer schwieriger und Unternehmer schaffen keinen effektiven Markteinstieg.

Darum ist eine Politik, die in die langfristigen Fähigkeiten von Menschen und Unternehmen in allen Regionen investiert, effizienter als eine, die von

“ *Wir möchten die Konzentration und Spezialisierung nutzen, aber diese Vorteile auch auf mehr Regionen verteilen, indem wir bestehende Hemmnisse für Innovation, Unternehmertum, Qualifizierung und Mobilität abbauen.* ”



THE LONDON SCHOOL  
OF ECONOMICS AND  
POLITICAL SCIENCE ■

Vorteilen für alle, ausgehend von einer geografischen Konzentration, ausgeht. Doch gilt hier kein Entweder-Oder: Wir müssen angesichts des globalen Wettbewerbs auch die weltbekannten europäischen Ballungsräume und Cluster weiter unterstützen. Diese Politik basiert auf einem neu definierten Gerechtigkeitsbegriff, laut dem die Entwicklung in allen Regionen stimuliert werden sollte. Diese Definition löst die Vorstellung einer Umverteilung von den erfolgreichsten auf alle anderen Regionen ab.

*Apropos Talente. Wie Sie vielleicht schon wissen, hat die Regionalpolitik ein neues Konzept eingeführt: intelligente Spezialisierung. Im Grunde bedeutet das, dass wir die Regionen dazu ermutigen, ihre eigenen Stärken und Wettbewerbsvorteile zu erkennen und in diesen Bereichen zu investieren. In Ihrer Präsentation stellen Sie auch eine auf Differenzierung basierende Politik vor. Sehen Sie Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ansätzen?*

Ja. Wir schlagen eine Vertiefung der intelligenten Spezialisierung und ihre Bereicherung durch zusätzliche Instrumente für eine größere Wirksamkeit vor. Es ist unrealistisch anzunehmen, dass sich jede Region auf dasselbe spezialisieren könnte. Nicht jede Region sollte sinnvollerweise anstreben, ein „kleines Silicon Valley“ zu werden.

Statt eines pauschalen Innovations- und Spezialisierungsansatzes führen wir das Konzept der „Entwicklungsclubs“ ein – eine Einteilung von Regionen nach Pro-Kopf-Einkommen. Die Herausforderungen und kurzfristigen Ziele von Regionen mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen unterscheiden sich stark. „Intelligent“ ist, wenn Regionen erkennen, zu welchem Entwicklungsclub sie gehören und was mittelfristig ihre realistischen Spezialisierungen sind. So wird das Konzept der intelligenten Spezialisierung präzisiert.

*Ich formuliere den Titel Ihrer Präsentation einmal in eine Frage um: Globalisierung: Sind Regionen wichtig?*

Tatsächlich gewinnen Regionen durch die Globalisierung an Bedeutung. Denn obwohl die Globalisierung Wohlstand in der ganzen Welt verbreitet und 500 Millionen Chinesen den Eintritt in den globalen Mittelstand ermöglicht hat, konzentriert sie gleichzeitig in jedem Land der Welt Wohlstand und Einkommen in den Ballungsräumen. Darum sind in einer globalisierten Welt Regionen wichtiger denn je. Vor diesem Hintergrund möchten wir die Konzentration und Spezialisierung nutzen, aber diese Vorteile auch auf mehr Regionen verteilen, indem wir bestehende Hemmnisse für Innovation, Unternehmertum, Qualifizierung und Mobilität abbauen. Diese Hemmnisse werden durch

aktuelle Markttrends verstärkt und die Verbreitungsmechanismen sind zu schwach, um Wohlstand und Möglichkeiten zu verteilen.

Zu diesem Zweck schlagen wir sogenannte „ortssensible, verteilte Entwicklungsstrategien“ vor, die differenziert auf die genauen Bedürfnisse der regionalen Clubs mit niedrigem, mittlerem bzw. hohem Einkommen in Europa zugeschnitten sind. Jeder Club hat sein eigenes strategisches Leitprinzip und somit verschiedene Zusammenstellungen von Politiken und Maßnahmen für jeden Gebietstyp. ■



# Die internationale Dimension der intelligenten Spezialisierung

Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik, „Smart Regions“-Konferenz, Helsinki

**Intelligente Spezialisierung ist ein frischer, ortsbasierter Bottom-up-Ansatz für Innovation und wirtschaftlichen Wandel in Europa und ein wichtiger Baustein der innovationsgesteuerten Regionalentwicklung – eine Perspektive für alle Regionen, Nutzen aus wissensbasiertem Wachstum zu ziehen.**

Durch neu entstehende Möglichkeiten für interregionale, komplementäre Zusammenarbeit an gemeinsamen Prioritäten verhilft die intelligente Spezialisierung dem europäischen Wachstums- und Integrationsmodell zu neuer Gestalt. Der Europäische Rat, das Europäische Parlament und der Europäische Ausschuss der Regionen haben die Notwendigkeit hervorgehoben, auf diesem Ansatz aufzubauen<sup>1</sup>.

## Kapazitätsaufbau

Im Kern geht es der Kohäsionspolitik darum, dass alle Regionen wettbewerbsfähig werden und die Möglichkeiten des Binnen- und Weltmarktes nutzen können. Solch ein Kapazitätsaufbau kann jedoch nicht isoliert oder rein nach innen

orientiert erfolgen. Nur internationale Bezugspunkte und Kooperationen ermöglichen die Entwicklung strategischer Kapazitäten, Entscheidungen, ein Hinterfragen durch kritische Freunde und die Entwicklung von Partnerschaften. Durch derartige interregionale Kooperationsnetzwerke sind ein gegenseitiges Lernen über gute innovatorische Steuerung und Vorteile aus Wissenstransfers möglich.

## Nach außen orientierte Innovationsstrategien

Bei der Entwicklung von Strategien für intelligente Spezialisierung konzentrierte man sich häufig zunächst auf Steuerung<sup>2</sup>, um vielversprechende Investitionsbereiche zu ermitteln, die die komparativen Vorteile einer Region aufbauen. Dabei wurden andere Regionen und ihre Wettbewerbsvorteile häufig vernachlässigt. Viele Regionen haben jedoch internationale Vergleiche und Kooperationen als Möglichkeit erkannt, das Risiko von Doppelarbeit oder ineffizienten Investitionen zu senken und das Wettbewerbsprofil ihrer Prioritäten zu schärfen. Durch interregionale Zusammenarbeit können Regionen gemeinsam ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in globalen Wertschöpfungsketten verbessern.

1) Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Juni 2016 betreffend „Eine forschungs- und investitionsfreundlichere, intelligente und einfache Kohäsionspolitik“, Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2016 zu Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (2015/2278(INI)); Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 22. März 2017 zu „Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3): Auswirkungen auf die Regionen und interregionale Zusammenarbeit“.

2) „Unternehmerische Entdeckungen“ mit lokalen Innovatoren für einen Konsens über Stärken und Prioritäten.

## Intelligente Spezialisierung als Koordinationsmechanismus

Intelligente Spezialisierung in Form von nach außen orientierten Innovationsstrategien, die auf Differenzierung und Abstimmung mit anderen Regionen abzielen, kann außerdem ein leistungsfähiger Mechanismus zur Verbesserung der Qualität von Innovationsinstrumenten sein. Komplementaritäten zwischen Spezialisierungen in neuen europäischen Wertschöpfungsketten werden genutzt. So spezialisieren sich in der aufkommenden Bioökonomie Regionen auf verschiedene Quellen für Biomasse, die Biokunststoffverarbeitung oder deren Anwendung in Konsumgütern.

Die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und regionalen Clustern für neues Wachstum und neue Arbeitsplätze in diesen aufstrebenden Märkten und Industrien hängt von der Abstimmung von Ressourcen für integrierte Lösungen ab. Durch intelligente Spezialisierung können in ganz Europa Kooperationspartner gefunden werden.

## Vielfalt als Wettbewerbsvorteil

Die Vielfalt Europas ist ein Wettbewerbsvorteil bei der gemeinsamen Entwicklung neuer Lösungen für gemeinsame Herausforderungen, bei Arbeitsplätzen, sauberer Energie, Mobilität und Gesundheitsversorgung. Durch Innovation werden aus diesen Herausforderungen Möglichkeiten für wirtschaftliche Entwicklung.

Die Entwicklung und Überprüfung solcher Lösungen geht häufig über die Kapazität einzelner Regionen oder Länder hinaus. Intelligente Spezialisierung ist der europäische Weg, auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren, indem wir die einzigartigen Kapazitäten aller EU-Regionen, der künftigen Living Labs, nutzen.

## Themenbezogene intelligente Spezialisierung fördert die interregionale Zusammenarbeit

Für intelligente Spezialisierung ist also auch eine „intelligente Zusammenarbeit“ nötig. Themenbezogene Plattformen für intelligente Spezialisierung<sup>3</sup> unterstützen interregionale Partnerschaften dabei, ihre Investition in neue

europäische Wertschöpfungsketten<sup>4</sup> abzustimmen. Die Europäische Kommission leistet Unterstützung durch Fahrpläne für Koinvestitionen in bestimmte prioritäre Bereiche wie effiziente, nachhaltige Fertigung, Rückverfolgbarkeit und Big Data in Wertschöpfungsketten im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittel oder Heiz- und Kühlsysteme. Mehr als 85 Regionen bauen bereits Kapazitäten für die Cluster-Entwicklung, Pilot- und Demonstrationsprojekte und die Nutzung von Unternehmensinvestitionen zu ihrem und zum europäischen Wohl auf. ■



Jyrki Katainen, Vizepräsident der Europäischen Kommission, führt das Projektteam „Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit“, „Smart Regions“-Konferenz, Helsinki

## MEHR DAZU

„**Smart Regions**“-Konferenz: Anfang Juni wurde in Helsinki die zweite Ausgabe der Konferenz zum Thema intelligente Spezialisierung in europäischen Regionen ausgerichtet. In diesem Rahmen wurden die bisherigen Ergebnisse bewertet und der Weg für künftige Entwicklungen geebnet. <http://europa.eu/!mf36Hu>

3) Siehe S3-Plattform: <http://s3platform.jrc.ec.europa.eu/s3-thematic-platforms>.

4) Themenbezogene Plattformen für intelligente Spezialisierung in den Bereichen Energie, industrielle Modernisierung und Landwirtschaft und Lebensmittel sind seit Juni 2016 in Betrieb, um Regionen und Innovatoren Partnerschaften zusammenzubringen, die ihre Investition in prioritäre Bereiche lenken. Ende Mai 2017 gab es bereits 18 offizielle Partnerschaften, an denen rund 85 Regionen mitwirkten.



# RIS3 – Daseinsberechtigung, erste Ergebnisse und ihre Zukunft

**Intelligente Spezialisierung ist ein Anreiz für Regionen, Strategien im Bereich FuE und Innovation zu entwickeln. Damit gehen sie ein doppeltes Problem an, das von der gängigen Innovationspolitik meist vernachlässigt wird: die Differenzierung und Spezialisierung ihrer Innovationskapazität.**

**R**IS3 stellt Instrumente und Verfahren zur Überwindung regionaler Unterschiede bereit und hilft den Regionen, ihre Besonderheiten in einen Wettbewerbsvorteil zu verwandeln.

Genau dies ist die Daseinsberechtigung für intelligente Spezialisierung: Ressourcen und Aufmerksamkeit werden auf gewisse strategische Bereiche konzentriert, um eine positive Wechselwirkung aus Besonderheit und Spezialisierung im Hinblick auf Innovationen zu aktivieren.

*„Die Daseinsberechtigung für intelligente Spezialisierung: Ressourcen und Aufmerksamkeit werden auf gewisse strategische Bereiche konzentriert, um einen Engkreis aus Besonderheit und Spezialisierung im Hinblick auf Innovationen zu aktivieren.“*

Intelligente Spezialisierung bedeutet nicht, dass „der Rest“ vernachlässigt wird. Die meisten allgemeinen und horizontalen Maßnahmen sind weiterhin notwendig. Intelligente Spezialisierung ist eher eine zusätzliche Option, die die Regionen nutzen sollten, sofern sie in der Lage sind, einen intelligenten Prozess zur Ermittlung und Entwicklung strategischer Bereiche einzuleiten.

Es ist noch zu früh, die Wirkung von RIS3 auf Innovation, Produktivität und Wachstum zu messen. Einige wichtige Ergebnisse sind jedoch bereits erkennbar.

Schon die Ausarbeitung einer Strategie und das Engagement der Regionen für unternehmerisches Neuland haben eine positive Wirkung. Durch Eigenbewertung und Erforschung ihres Potenzials und ihrer Kapazitäten erfahren die Regionen mehr über sich selbst als je zuvor.

Für Regionen ist es nützlich und zugleich produktiv, mehr Energie auf die Erforschung und Auswahl prioritärer Bereiche für FuE und Innovation zu verwenden. Die Kenntnisse und Erfahrungen, die man bei der Erforschung geeigneter FuE- und Innovationsstrategien erwirbt, können sich später beim Produkt-/Verfahrens-/Marktdesign sowie bei Produktion und Vertrieb als wertvoll erweisen.

Entscheidungsträger machen sich langsam mit dem Gedanken der Dezentralisierung, der öffentlich-privaten Interaktion, Selbstentdeckung und Priorisierung vertraut.

Nicht zuletzt liefert der neue Ansatz den Regionen einen neuen Grund, zusammenzuarbeiten und Wissen zu teilen, denn intelligente Spezialisierung zeigt, dass jede Region gewisse Prioritäten mit anderen Regionen teilt – ein guter Grund für die Gründung von Netzwerken und Partnerschaften.

Der neue Ansatz hatte in Europa und anderen Kontinenten zweifellos eine



Prof. Dominique Foray  
Vorsitzender  
Wirtschaftswissenschaften und  
Innovationsmanagement,  
Eidgenössische Technische  
Hochschule Lausanne (CH)

enorme Wirkung. Angesichts dieser Wirkung und der beträchtlichen Mobilisierung des privaten und öffentlichen Sektors auf regionaler Ebene wäre es einfach absurd, RIS3 zu beenden. Der politische Lerneffekt war enorm und die Regionen wissen jetzt viel besser als bei Einführung des Konzepts vor fünf Jahren, wie ein S3 gestaltet und umgesetzt wird. Sie haben viel gelernt und werden dies auch weiterhin tun. Sollten regionale Agenturen und Interessengruppen gebeten werden, RIS3 noch einmal durchzuführen, würden sie dabei mit Sicherheit effizienter und effektiver vorgehen. ■



ÉCOLE POLYTECHNIQUE  
FÉDÉRALE DE LAUSANNE



# Gestaltung einer Investitionspolitik für mehr Zusammenhalt in Europa

Die EU-Kohäsionspolitik unterstützt unzählige Projekte in allen europäischen Regionen. Sie ist die größte Investitionsquelle der EU, fördert wichtige realwirtschaftliche Projekte und unterstützt den Strukturwandel in den EU-Mitgliedstaaten.



Emma Marcegaglia  
Präsidentin von BusinessEurope

„Die Kohäsionspolitik muss modernisiert und vereinfacht, ein anpassungsfähiger mittel- bis langfristiger Rahmen eingerichtet, Projekte mit eindeutigem EU-Mehrwert unterstützt und geeignete Leistungsanreize bereitgestellt werden.“

Die Kohäsionspolitik ist Teil der Verträge und steht für die Solidarität in der EU. Zudem ist sie ein wesentlicher Faktor für einen stärkeren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in Europa.

Doch jetzt ist es an der Zeit, Umverteilung und schnelle Ausgaben hinter uns zu lassen und die Kohäsionspolitik im Kontext einer Logik aus Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Verbesserung zu betrachten. Dies ist erforderlich, um den Erfolg der Kohäsionspolitik und gleichzeitig die Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern, die eine Vorbedingung für die einwandfreie Funktionsweise der EU und vor allem des Euro-Währungsgebiets ist.

Die Kohäsionspolitik muss integraler Bestandteil einer europäischen Investitionsstrategie mit starker territorialer Ausrichtung sein und jeder Region die zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erforderlichen Instrumente an die Hand geben. Sie muss zu wirtschaftlicher und struktureller Transformation führen und in jeder Region eine sichere, auf individuellen Stärken basierende Grundlage schaffen.

Eines darf man nicht vergessen: Die Errungenschaften der Kohäsionspolitik gehen weit über die finanzielle Unterstützung durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) hinaus und sind fest mit den positiven Nebeneffekten dieser Politik verbunden. Diese

Effekte sind in Form von Kapazitätsaufbau, langfristigen Prioritäten, Strategien für regionale Spezialisierung, Partnerschaft und anderen Dingen erkennbar.

Es gilt jedoch, diese Vorteile weiter zu verstärken. Hierzu müssen die Kohäsionspolitik modernisiert und vereinfacht, ein anpassungsfähiger mittel- bis langfristiger Rahmen eingerichtet, Projekte mit eindeutigem EU-Mehrwert unterstützt und geeignete Leistungsanreize bereitgestellt werden.

Vor allem aber müssen wir weiterhin auf eine Politik zusteuern, die auf Ergebnisse und weniger auf formelle Einhaltung abzielt. Wir müssen Strukturfonds mithilfe eines vereinfachten, integrierten und proportionalen Kontrollsystems zugänglicher und verständlicher machen. Wir müssen die administrative und technische Kapazität der Regionen sowie eine echte Partnerschaft in allen Programmstadien und auf allen Verwaltungsebenen weiter aufbauen.

Nicht zuletzt muss die Kohäsionspolitik verstehen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten auf globaler Ebene konkurrieren und agieren. Beispielsweise müssen die ESI-Fonds weiterhin Unternehmen jeder

Größe zur Verfügung stehen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Mid-Caps und große Unternehmen starke positive Spillover-Effekte auf die lokale Wirtschaft und das KMU-Wachstum haben und Investitionsverlagerungen vermieden werden müssen. Vielmehr muss die EU sicherstellen, dass sie ein attraktiver Investitionsstandort ist, und ein starkes Europa aufbauen, das von Zusammenhalt geprägt ist. ■

**BUSINESSEUROPE**

BusinessEurope ist führender Verfechter von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Der Verband setzt sich für Unternehmen auf dem gesamten Kontinent und für Belange ein, die die unternehmerische Leistung am stärksten beeinflussen: <https://www.business europe.eu/>

# Kohäsionspolitik und der Widerspruch im öffentlichen Sektor

**Die Kohäsionspolitik von morgen wird viel mit der heutigen gemeinsam haben. Warum? Weil die Ziele des aktuellen Programmplanungszeitraums – intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – in Zukunft eher noch wichtiger werden.**

Auch viele der zentralen Themen des Programms 2014-2020, wie Ergebnisorientierung, Verbesserung der Qualität von Institutionen und Vereinfachung von Rechtsvorschriften, werden immer wichtiger.

Wenn die EU unter Druck steht, den Bürgern ihren Wert zu beweisen, sind vor allem greifbare Ergebnisse gefragt. Daher ist die Neuorientierung an den Ergebnissen der Regionalpolitik längst überfällig, denn bislang stand die Kapazität einer Region, die zur Erreichung der Ziele nötigen Finanzmittel aufzunehmen, zu stark im Vordergrund. Die Ergebnisorientierung unterstreicht die Bedeutung des zweiten Themas – institutionelle Leistungsfähigkeit.

Die Leistungsfähigkeit öffentlicher Institutionen ist zweifellos der wichtigste Faktor für Innovation und Entwicklung. Die Kohäsionspolitik von morgen muss jedoch den Widerspruch im öffentlichen Sektor beheben.

*„Die Leistungsfähigkeit öffentlicher Institutionen ist zweifellos der wichtigste Faktor für Innovation und Entwicklung.“*

Dieser Widerspruch ist auf zwei grundlegend unterschiedliche Trends zurückzuführen. Einerseits stand der öffentliche Sektor fast zehn Jahre lang unter großem Sparzwang, wodurch seine Handlungsfähigkeit eingeschränkt



Kevin Morgan,  
Professor of Governance and  
Development und Dean of  
Engagement an der Universität  
Cardiff (Vereinigtes Königreich)

wurde. Andererseits spielt er eine wichtige Rolle in gesellschaftlich relevanten Sektoren – wie Energie, Gesundheit, Bildung, Verkehr, Lebensmittelsicherheit und Altersfürsorge –, die in hohem Maße zu intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum beitragen.

Daher benötigt die Kohäsionspolitik einen intelligenten und keinen dezimierten öffentlichen Sektor, wenn sie in Zukunft mehr greifbare Ergebnisse erzielen will. Hierzu sollten öffentliche Verwaltungen ihren alten Führungsstil der „Anordnungs- und Kontrollstruktur“ aufgeben und sich an den erfolgreichsten Behörden orientieren – z. B. SPRI im Baskenland, Aster in der Emilia-Romagna und JIC in Südmähren. Diese Behörden sind geschickt darin, regionale Innovations-Ökosysteme zu fördern, in denen Akteure aus dem

öffentlichen, privaten und tertiären Sektor lernen, zum gegenseitigen Vorteil zusammenzuarbeiten.

Schließlich sollte die Vereinfachung der Rechtsvorschriften weiter höchste Priorität genießen. Momentan erhält der öffentliche Sektor unterschiedliche Signale: Die Kohäsionspolitik verlangt mehr Beweglichkeit, Kreativität und Experimentierfreudigkeit, während die Prüfkultur keine Fehler duldet und Kreativität im Namen der Konformität erstickt.

Eine Kohäsionspolitik, die all diese Punkte in Angriff nimmt, kann zu Recht behaupten, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ernst zu nehmen. ■



# Kohäsionspolitik: Erfolge und Ambitionen – eine kanadische Perspektive

Kanadas politische Gemeinschaften sind schon lange an der Europäischen Union und ihrer Kohäsionspolitik interessiert. Dieser Kommentar enthält eine kanadische Sichtweise der wichtigsten Erfolge und Ambitionen dieser Politik.



Neil Bradford, PhD, Vorsitzender,  
Department of Political Science  
Huron University College,  
Western University (CA)

**A**ls stark dezentralisierter Bundesstaat von enormer geografischer Ausdehnung und mit markanten regionalen Identitäten steht Kanada vielfach denselben „Einigkeit durch Vielfalt“-Herausforderungen gegenüber wie die EU. Die kanadischen Regierungen ergreifen bereits seit den 1960er Jahren territoriale Strategien für eine regionale wirtschaftliche Konvergenz und eine nationale soziale Kohäsion und orientieren sich dabei an den innovativen Ideen und bewährten Praktiken der EU.

## Erfolge

*Integrative wirtschaftliche Entwicklung:* Die EU-Kohäsionspolitik ist beispielhaft in zwei regionalen Dimensionen. Erstens wurden umfassende Infrastrukturinvestitionen in rückständigen Regionen durch ein endogenes Wachstum auf Grundlage von Produktivität und Unternehmertum und seit kurzem durch intelligente Spezialisierung mithilfe regionaler Innovationssysteme ersetzt. Zweitens verfolgt die Politik sozial- und umweltpolitische Ziele

mit Schwerpunkt auf sozialen Investitionen und einer nachhaltigen regionalen Wirtschaft, um das Wachstum zu fördern. Die integrierte Entwicklung der EU vereint wirtschaftliche, soziale und ökologische Prioritäten, anstatt sie in Konflikt zu bringen.

“*Kanadas politische Gemeinschaften sind schon lange an der Europäischen Union und ihrer Kohäsionspolitik interessiert.*”

*Steuerung auf mehreren Ebenen:* Die Kohäsionspolitik baut auf das Prinzip der Subsidiarität und Partnerschaft auf. Die politische Koordination auf mehreren Ebenen entsteht durch Konsultation und Kommunikation sowie durch Regierungsverträge, die die Erwartungen der EU in Bezug auf die Mittelverwendung klarstellen, aber auch die Anpassung regionaler Programme erlauben. Die Steuerung der EU auf mehreren Ebenen verbindet „ortsgebundene Politik“ mit hierarchischer Aufsicht und Unterstützung.

*Lernen und Anpassung:* Daten werden auf kreative Weise für eine bessere Planung regionaler Programme genutzt. EU-Gelder werden anhand eines Drei-Stufen-Rahmens investiert, der regionale Vorteile und Potenziale differenziert. Die Programmevaluierung beruht zunehmend auf Zielen, Indikatoren, Leistungsmessung und Beobachtung. Der Mix aus quantitativen und qualitativen Maßnahmen verbessert die Effektivität öffentlicher Investitionen und ermöglicht die regionale Feinabstimmung.

## Ambitionen

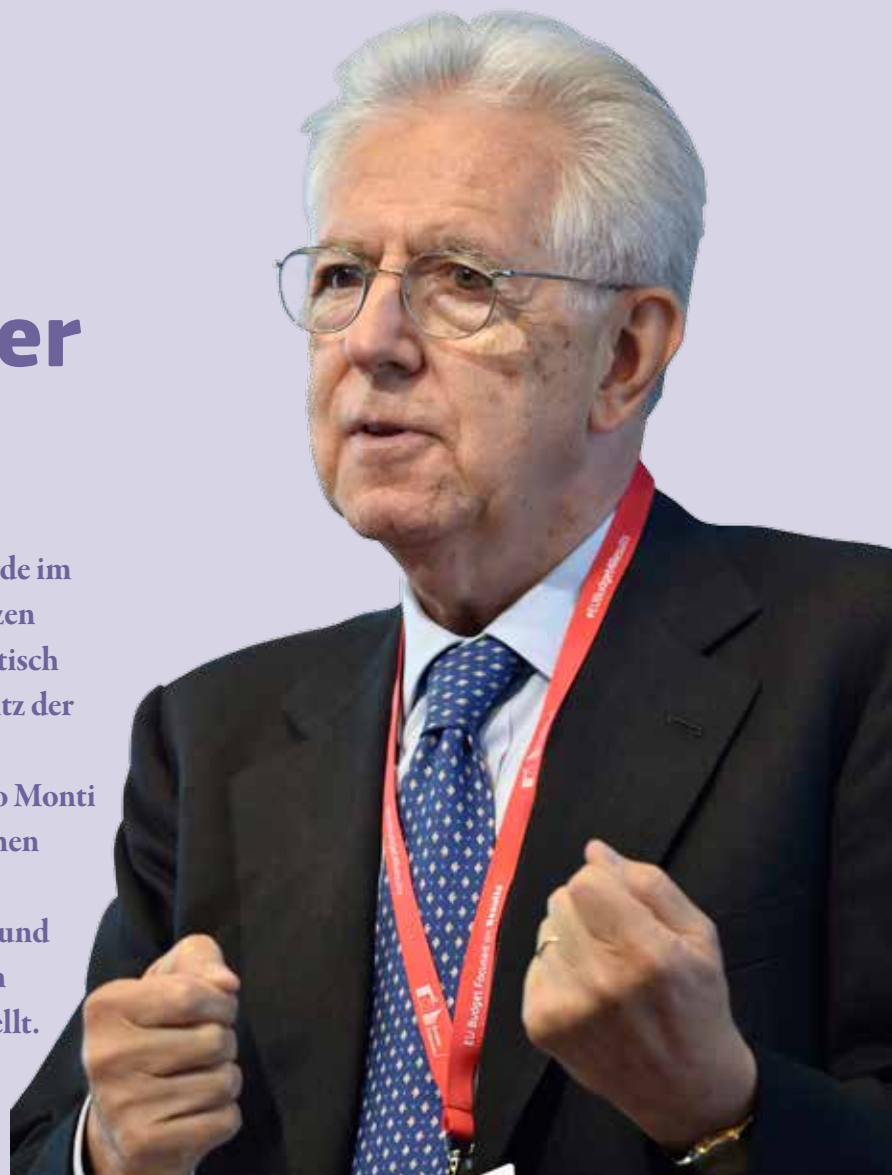
*Demografischer Wandel:* Flüchtlinge, die eine neue Heimat suchen, und Fachkräfte, die in ein anderes Mitgliedsland ziehen, stellen die Kohäsionspolitik der EU vor komplexe Probleme. Gleichzeitig wird die europäische Bevölkerung immer älter. Die Kohäsionspolitik benötigt ein innovatives Siedlungsprogramm für intensive Vielfalt sowie kreative Wohlfahrtsreformen.

*Digitale Transformation:* Technologien verwandeln Arbeit, Produktion und Konsum in Plattformwirtschaften und stellen die Kohäsionspolitik vor komplexe regionale und soziale Probleme. Wenn sich Investitionen auf städtische Zentren konzentrieren, wird der territoriale und soziale Zusammenhalt durch eine digitale Kluft bedroht. Die Kohäsionspolitik benötigt eine „integrative Innovation“ zur Verbreitung digitaler Chancen mittels elektronischen Diensten, Weiterbildung und sozialer Innovation.

*Verwaltungspolitische Innovation:* Die Kohäsionspolitik sieht sich komplexen ordnungspolitischen Herausforderungen gegenüber, da Regierungen und Behörden den Programmzugang zu bürokratisch und die Beaufsichtigung zu kontrollierend finden. Die Verwaltung muss vereinfacht werden und die Programmdurchführung auf „gemeinsamer Verwaltung“ beruhen. Die Evaluierungsverfahren sollten die Einhaltung der kohäsionspolitischen Ziele verbessern und eine Begutachtung durch Fachkollegen nutzen, um die Verwaltungskapazität für die Gestaltung der EU-Politik und die Durchführung regionaler Programme zu stärken. ■

# Die Zukunft der EU-Finanzen

Die Hochrangige Gruppe „Eigenmittel“ wurde im Februar 2014 eingerichtet, um die EU-Finanzen transparenter, einfacher, fairer und demokratisch verantwortungsvoller zu gestalten. Den Vorsitz der Gruppe hatte der ehemalige italienische Ministerpräsident und EU-Kommissar Mario Monti inne. Ihre Mitglieder werden vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission ernannt. Der Abschlussbericht und die Empfehlungen wurden im Januar 2017 im Europäischen Parlament und im Rat vorgestellt.



## *Welchen großen Herausforderungen unterliegen die EU-Finanzen nach 2020 aus Ihrer Sicht?*

Die größten Herausforderungen für die EU-Finanzen sind bereits heute sichtbar und entsprechen den Herausforderungen der EU: Wie können wir das Vertrauen unserer Bürger zurückgewinnen? Wie können wir den europäischen Ausgaben mehr Legitimität verleihen? Die EU ist von zahlreichen Krisen und neuen Prioritäten betroffen: Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit; Sicherung der Außengrenzen und bessere Zusammenarbeit in innerer Sicherheit und Verteidigung; Kampf gegen Klimawandel und Umweltzerstörung; reibungsloser Übergang von EU-28 auf EU-27 nach dem Austritt Großbritanniens.

In diesen Punkten muss die EU heute handeln, auch wenn sie häufig nicht zum Kerngeschäft gehören, besonders innere und äußere Sicherheit, die im Bereich der nationalen Souveränität verbleiben. In den vergangenen Haushaltsplänen wurden zwar Flexibilitätsinstrumente genutzt, ihr Einsatz bleibt aber abzuwarten.

## *Welche wesentlichen Änderungen am aktuellen System schlagen Sie vor?*

Die Reform des Einnahmensystems ist ein Teil dieser allgemeinen Neuorientierung, da das gegenwärtige Finanzierungssystem, das überwiegend auf Beiträgen aus Mitgliedstaaten beruht,

*„Von EU-Politiken, besonders der Kohäsion, profitieren alle Länder, auch die „Nettozahler“.“*

den Status quo begünstigt und den Blick auf neue Erfordernisse behindert. Daher sprechen wir im Bericht der Hochrangigen Gruppe „Eigenmittel“ neun Empfehlungen aus, die Veränderungen begünstigen, darunter der Fokus auf Ausgaben mit dem größtmöglichen Mehrwert für Europa, die Abschaffung von Vergünstigungen zugunsten bestimmter Länder und die Einführung eines oder mehrerer neuer Eigenmittel in den wichtigsten Politikbereichen der EU. So könnten Eigenmittel auf Grundlage einer gemeinsamen reformierten Umsatzsteuer oder



“Die künftigen Struktur- und Investitionsfonds spielen eine bedeutende Rolle in unseren Reformbemühungen, da sie wegen der Finanzierung zu vieler Projekte mit zweifelhaftem europäischen Mehrwert häufig im Kreuzfeuer der Kritik standen.”

Körperschaftssteuer die Funktion des Binnenmarktes, das Leben der Unternehmer und den Kampf gegen Steuerflucht und -betrug erleichtern, während ökologische Eigenmittel den Kohlenstoffausstoß reduzieren und zum grünen Wachstum beitragen könnten. Die letztgenannte Empfehlung gibt aus meiner Sicht wieder, wie EU-Einnahmen zusätzlichen Mehrwert bewirken können: Die EU kann keine Steuern erheben, ihre Einnahmen können aber zu EU-Strategien und -Zielen beitragen.

*Welche Hindernisse müssen zur Umsetzung dieser Änderungen überwunden werden?*

Das eindeutigste Hindernis stellt das für das Finanzierungssystem angewandte Entscheidungsverfahren dar, das eine unausgewogene Machtverteilung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat beinhaltet. Das Europäische Parlament wird nur für Eigenmittel konsultiert, während es dem mehrjährigen Finanzrahmen zustimmen muss und über den Jahreshaushalt mitbestimmt. Entscheidungen im Rat müssen einstimmig und nach Ratifizierung in allen nationalen Parlamenten getroffen werden. Das ist das aufwändigste Verfahren, das es gibt.

Ein weiteres Problem ist, dass Entscheidungsträger, die einer Verhandlung beiwohnen, selten bei einer zweiten anzutreffen sind, wodurch Erfahrungswerte fehlen oder Missverständnisse über die Funktionsweise der EU-Finanzen entstehen. Ein gängiges irreführendes Argument für die Ablehnung echter Eigenmittel ist z. B. der Gedanke, dass nur nationale Beiträge es den Mitgliedstaaten erlauben, Kontrolle über die EU-Finanzen auszuüben und dass mehr autonome Eigenmittel zu unkontrollierten Haushaltserhöhungen führen. Das ist nicht der Fall. Echte Eigenmittel würden die Zusammensetzung der Einnahmen verändern (und nationale Beiträge verringern). Der Umfang des Haushalts wird im mehrjährigen Finanzrahmen festgelegt. Da der EU-Haushalt ausgewogen sein muss und nicht auf Schulden zurückgreifen kann, werden Einnahmen automatisch berechnet, sobald die Ausgaben bekannt sind – nicht umgekehrt.

*Welche Rolle erwarten Sie für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds?*

Die künftigen Struktur- und Investitionsfonds spielen eine bedeutende Rolle in unseren Reformbemühungen, da sie wegen der Finanzierung zu vieler

Projekte mit zweifelhaftem europäischen Mehrwert häufig im Kreuzfeuer der Kritik standen. Dies trifft besonders auf die stärker entwickelten Regionen in den reicheren Mitgliedstaaten zu. Durch ihre Finanzierung über nationale Finanzrahmen sind sie ein wesentliches Merkmal für den Fokus auf Nettosalden.

Die künftige Reform erhält die schwierige Aufgabe, die Legitimität von EU-Maßnahmen in vielen Regionen wieder einzufordern, indem EU-weite öffentliche Güter eher als lokale in den Fokus rücken. Sie wird auch die Vorteile beweisen müssen, die über die unmittelbar Begünstigten hinaus entstehen. Grenzüberschreitende Vorteile, Ausstrahlungs- oder Hebeleffekte werden aktuell ignoriert oder in Haushaltsverhandlungen verschwiegen, obwohl sie ein Maß für den europäischen Mehrwert darstellen. Das muss sich ändern, um den Haushalt transparenter, erklärbarer und fairer zu gestalten. Von EU-Politiken, besonders der Kohäsion, profitieren alle Länder, auch die „Nettozahler“.



Zusammenfassung und Empfehlungen sind in 23 Sprachen verfügbar.  
[http://ec.europa.eu/budget/mff/hlgor/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/mff/hlgor/index_de.cfm)



# DATENPUNKT: 3 – OFFENE DATENPLATTFORM

GIBT ES EIN THEMA, DAS IHRER ANSICHT NACH IN KÜNFTIGEN PANORAMA DATENPUNKT-ARTIKELN BEHANDELT WERDEN SOLLTE?

MÖCHTEN SIE, DASS WIR EINEN BESTIMMTEN DATENSATZ IN DIE OFFENE DATENPLATTFORM DER ESI-FONDS AUFNEHMEN?

DANN SENDEN SIE EINE E-MAIL AN: [REGIO-EVAL@EC.EUROPA.EU](mailto:REGIO-EVAL@EC.EUROPA.EU)

## Kommunikation über die Ergebnisse der ESI-Fonds: zunehmende Bedeutung gemeinsamer Indikatoren

**Die notwendige Überwachung von und Berichterstattung über Ergebnisse muss eine gemeinsame Verantwortung und ein wesentlicher Teil aller sinnvollen Diskussionen über die EU-Politik sein.**

In den Programmen 2014-2020 sind Verbesserungen bei der Nutzung von Indikatoren zur Messung der Leistungen und Ergebnisse der verschiedenen ESI-Fonds erkennbar – gemeinsame Indikatoren sind ein starkes Instrument, um gesamtwirtschaftliche politische Errungenschaften in den Mitgliedstaaten zu kommunizieren. Diese Entwicklungen ergänzen andere leistungsbezogene Verbesserungen, z. B. eine robustere Festlegung von Zielen, eindeutiger Zielsetzungen und den neuen mit der leistungsgebundenen Reserve verbundenen Leistungsrahmen. Eine deutlichere Ergebnisorientierung bewirkt u. a., dass sich nicht mehr nur ein paar Techniker mit Indikatoren befassen.

Das aktuelle System von Indikatoren wurde im Laufe der Jahre auf der Grundlage von Erfahrungen mit jedem Fonds entwickelt. Die gemeinsamen Indikatoren sind also für die Programme jedes einzelnen Fonds gleich, während es zudem an die fondsspezifischen Ziele, Zielsektoren und die Gründe für Maßnahmen angepasste Indikatoren gibt.

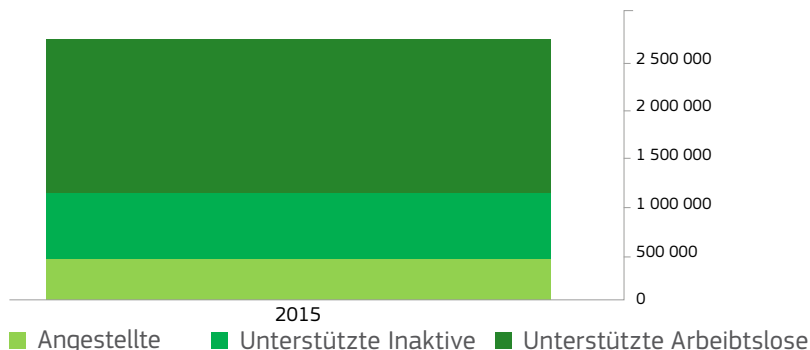
Zwei wesentliche Anliegen haben die Auswahl der Indikatoren und die Festlegung gemeinsamer Indikatoren beeinflusst:

- Sind die Indikatoren eine sinnvolle Kennzahl für die Maßnahmen und Ziele der spezifischen Fonds?
- Sind die Indikatoren stets verfügbar, ohne übermäßige Kosten und Aufwand für Verwalter und Begünstigte zu verursachen?

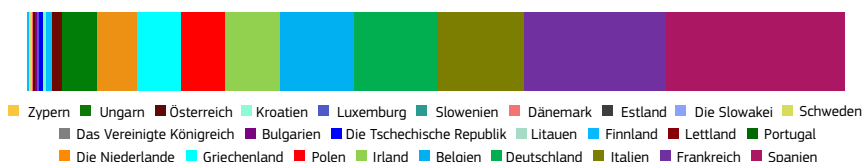
Für den Zeitraum 2014-2020 wurden die Antworten auf diese Fragen zusammen mit Akteuren und Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten in jahrelangen Überlegungen erarbeitet.

### ZWEI BEISPIELE AUS DEM ESF UND DEM EFRE ENDE 2015

ESF: Teilnehmer Arbeitsverhältnisse  
Implementiert: 2 707 055 Teilnehmer  
Unter denen  
Unterstützte Arbeitslose: 1 574 509 Teilnehmer  
Angestellte: 435 940 Teilnehmer  
Unterstützte Inaktive: 696 606 Teilnehmer



### Übersicht der programmgerechneten Werte



Das sichtbarste Produkt des aktuellen Indikatorensystems der offenen Datenplattform der ESI-Fonds ist die Vorstellung von „Errungenschaftskacheln“ für gemeinsame Indikatoren nach Fonds und Thema. Zu den weiteren Verbesserungen zählen eine erweiterte Liste gemeinsamer Indikatoren und bessere Methoden für die Erhebung und Meldung von EFRE- und ESF-Indikatoren.

### Gibt es zu viele Indikatoren?

Diese Frage wurde auf höchster Ebene der EU-Institutionen gestellt, nicht zuletzt, weil es einfacher wäre, auf EU-Ebene mit wenigen, leicht zusammenzuführenden Indikatoren zu arbeiten. Der Europäische Rechnungshof hat die Bedeutung und Nutzung so zahlreicher programmspezifischer Indikatoren und die Schwierigkeit ihrer Zusammenführung auf EU-Ebene kürzlich ebenfalls hinterfragt.

Andererseits haben verschiedene Akteure unterschiedliche Anforderungen und schlagen eine Vielzahl an Indikatoren vor, von denen viele in ihrer Region oder ihrem Mitgliedstaat dienlich und bereits verfügbar sind.

### VIELE GEMEINSAME INDIKATOREN NACH FONDS FÜHREN ZU WENIGEN INDIKATOREN NACH „THEMA“: DER FALL EFRE

<b>FTEI:</b> 6 Indikatoren	<b>IKT:</b> 1 Indikator	<b>Unternehmen:</b> 9 Indikatoren
<b>Energie und Klima:</b> 5 Indikatoren	<b>Umwelt:</b> 5 Indikatoren	<b>Transport:</b> 6 Indikatoren
<b>Soziale Infrastruktur:</b> 2 Indikatoren	<b>URBAN:</b> 4 Indikatoren	<b>Interreg:</b> 6 Indikatoren

Eine weitere Erklärung für die vermeintlich große Anzahl gemeinsamer EU-Indikatoren ist die sehr große thematische Bandbreite der durch die ESI-Fonds finanzierten Maßnahmen und Sektoren. Für den EFRE gibt es z. B. 46 gemeinsame Indikatoren.

Die richtigen Fragen sind möglicherweise: „Erfassen die gemeinsamen Indikatoren wesentliche Ergebnisse in den verschiedenen Themenbereichen?“ und „Gibt es Bereiche, in denen wesentliche Ergebnisse nicht erfasst werden?“

### Die Zukunft

In der Debatte über den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 und die Zukunft der gemeinsamen Verwaltung über die ESI-Fonds ist die Frage der Leistung und der Ergebnismessung ein heißes Thema. Die wichtigsten Fragen lauten:

- Können wir die Messung der Leistungen der Fonds verbessern und gleichzeitig den Aufwand für Akteure verringern?
- Können die unterschiedlichen Indikatorensysteme für alle Fonds rationalisiert werden? Brauchen unterschiedliche Akteure verschiedene Indikatoren?
- Hätte es Vorteile, gemeinsame EU-Indikatoren für alle Fonds festzulegen, um Ergebnisse zu messen und zu kommunizieren?
- Sollten wir die Anzahl spezifischer nationaler Indikatoren reduzieren? Oder ist die Qualität der Indikatoren und ihre politische Bedeutung wichtiger?

Es mag eine technische Debatte sein, aber sie ist für die Zukunft der Politik entscheidend. Bleiben Sie am Ball oder, noch besser, engagieren Sie sich!

### MEHR DAZU

#### ESI-Fonds – Offene Datenplattform:

<https://cohesiondata.ec.europa.eu/>

Wählen Sie den Abschnitt „Errungenschaft“ auf den Seiten „Thema“, „Land“ oder „Fonds“:

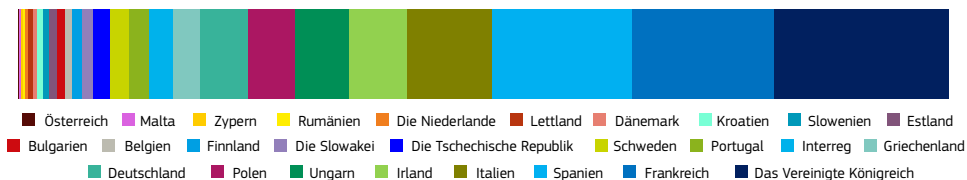
#### Offene Daten FAQ zu „Errungenschaften“:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/faq/about\\_open\\_data/](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/faq/about_open_data/)

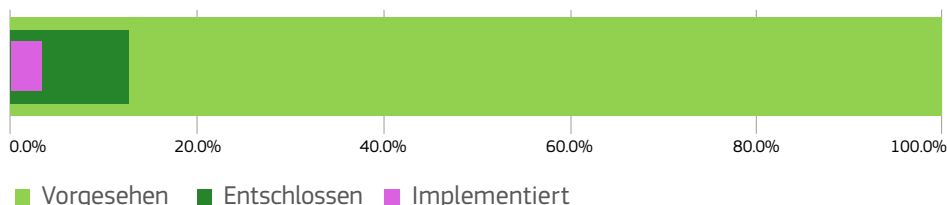
**ERH-Sonderbericht Nr. 2/2017:** Die Verhandlungen der Kommission über die Partnerschaftsvereinbarungen und Programme der Kohäsionspolitik 2014-2020:

<http://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=41008>

EFRE: Unterstützte Unternehmen  
 Vorgesehen: 1 098 048 Unternehmen  
 Entschlossen: 137 463 Unternehmen  
 Implementiert: 36 379 Unternehmen  
 Übersicht der Programziele



### Umsetzungsfortschritte



# Gründe, warum eine verstärkte Kohäsionspolitik in der EU höchste Priorität genießen sollte

Die Kohäsionspolitik war in Europa nie wichtiger als in den aktuellen unruhigen und unsicheren Zeiten. Die europäische Einheit wird bedroht, die Zukunft der EU steht auf dem Spiel.

Im jüngsten Reflexionspapier „Die Globalisierung meistern“ hat die Europäische Kommission anerkannt, man müsse „auf den regionalen und lokalen Investitionsbedarf [...] eingehen und dafür sorgen, dass der Binnenmarkt allen Regionen zugutekommt und diese sich besser für die Herausforderungen der Globalisierung rüsten können“.

Die Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) ist daher der Ansicht, dass eine alle Regionen umfassende, verstärkte und neu belebte Kohäsionspolitik für die Kommission in den kommenden Jahren höchste Priorität genießen sollte. Dazu haben wir einige wichtige Botschaften für die Zukunft zusammengestellt.

Wir glauben, dass die territoriale Dimension der künftigen Kohäsionspolitik weiter ausgedehnt werden sollte. Das europäische Projekt braucht Kohäsionspolitik, um EU-Ziele in Mitgliedstaaten und Regionen zu erreichen. Die EU-Ziele müssen in ganz Europa umgesetzt werden, auch in besonderen Gebieten wie Inselregionen, Regionen in äußerster Randlage und dünn besiedelten Gebieten im Norden.

Die KPKR beginnt mit der Prämisse, dass territorialer, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt zum Zwecke der EU-Solidarität gemeinschaftliche Ziele sind. Durch diese Grundsätze profitieren die Einwohner der verschiedenen EU-Regionen gleichberechtigt von den im Vertrag festgelegten Grundfreiheiten, die in der EU-Politik umgesetzt werden.

Wir haben für den Zeitraum nach 2020 einen konstruktiven Vorschlag für Finan-

*„Die Kommission sollte festlegen, wo Finanzierungsinstrumente in der künftigen Kohäsionspolitik, die weiterhin hauptsächlich auf Zuschüssen beruht, den größten Mehrwert bieten, anstatt diese beiden Faktoren voneinander zu trennen.“*



Eleni Marianou  
Generalsekretärin der KPKR

zierungsinstrumente: Die Kommission sollte festlegen, wo Finanzierungsinstrumente in der künftigen Kohäsionspolitik, die weiterhin hauptsächlich auf Zuschüssen beruht, den größten Mehrwert bieten, anstatt diese beiden Faktoren voneinander zu trennen.

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen könnte ebenfalls einen Mehrwert für die allgemeine Investitionspolitik Europas schaffen, wird jedoch geografisch und sektoral unausgewogen eingesetzt. Die Kommission muss

eindeutige Grenzen zwischen den beiden Instrumenten festlegen und Rat zu ihrer bestmöglichen Kombination geben, um die wesentliche Rolle der Kohäsionspolitik für die Unterstützung regionaler Entwicklung zu bewahren.

Wir sind außerdem der Ansicht, dass Europa eine ehrgeizige Strategie in der Nachfolge der Strategie Europa 2020 benötigt. Die Kohäsionspolitik erreicht ihre Ziele sicherlich nur, wenn sie auf einer umfassenden, ehrgeizigen und langfristigen europäischen Strategie für nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung in der gesamten EU beruht.

Die Erwartungen der KPKR für den Zeitraum nach 2020 bleiben hoch, doch die Zukunft Europas steht auf dem Spiel! ■



CPMR  
CRPM

An der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) nehmen etwa 160 Regionen aus 25 Staaten der EU und Grenzgebieten teil. Die KPKR vertritt rund 200 Millionen Einwohner und setzt sich für eine ausgewogenere Entwicklung innerhalb des europäischen Gebiets ein. Sie fungiert als Denkfabrik und Interessenverband für Regionen und konzentriert sich in erster Linie auf sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt, Meerespolitik und Erreichbarkeit.

[www.cpmr.org](http://www.cpmr.org)

# Kohäsionspolitik: Wie kann die EU gleichzeitig Solidarität und Investitionen aufrechterhalten?



Robin Huguenot-Noël  
EPC Policy Analyst on economic  
governance and the EU budget,  
and Alison Hunter  
EPC Senior Adviser on regional  
policy, regional innovation and  
industrial growth

**Populismus und Europaskepsis, insbesondere unter benachteiligten Gruppen, setzen die EU zunehmend unter Druck, ihre Investitions- und Solidaritätsinstrumente und vor allem die Kohäsionspolitik zu stärken.**

Diese Stärkung ist jedoch im Kontext einer ungewissen Zukunft der EU in Bezug auf ihre interne und externe Sicherheit, globale Trends, Migration und ein hartnäckiges Ungleichgewicht innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu sehen.

Da nach dem Brexit mit einer deutlichen Kürzung des EU-Haushalts zu rechnen ist, wird die Kohäsionspolitik (KP) im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen mit neuen zusätzlichen Prioritäten über ein kleineres Budget verfügen. Die Kohäsionspolitik steht damit zu einer Zeit vor neuen Problemen, zu der ihre Effektivität

wieder einmal neu bewertet wird. Gleichzeitig bietet dies jedoch die Chance, einen neuen Handel auf Grundlage eines operationellen Rahmens abzuschließen, der die KP-„Gemeinschaften“ zusammenbringt, anstatt den Wettbewerb um Fördermittel zu verstärken.

Es bedarf einer umfassenden Bewertung, wie die KP die Solidarität der EU voranbringen und eine nachhaltige Bereitstellung der Fördermittel sicherstellen kann. Die KP hat in den letzten Jahrzehnten viel zur EU-Agenda für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum beigetragen. Kritikpunkte sind eine übermäßige Bürokratie, „Kreislauffinanzierung“, eine Kluft zwischen Ausgaben und Notwendigkeit und eine geringe Inanspruchnahme der bereitgestellten Mittel.

Das EU-Projekt benötigt neue Impulse und eine mutige Reform der KP. Ihre wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ziele sollten den Kern des EU-Projekts bilden, um Zweck und Glaubwürdigkeit zu stärken. Relevanz und Wert der KP müssen stärker integriert und über den gesamten Politik- und Förderrahmen der EU kommuniziert werden. Als Vehikel der EU-Solidarität kann die KP ihre Präsenz auf lokaler Ebene nur nutzen und erweitern, wenn sie den erforderlichen Status und die erforderliche Reichweite hat.

Ein eindeutiger Zweck ist unerlässlich. Die Glaubwürdigkeit der KP als treibende Investitionskraft muss gestärkt werden, was vereinfachte Regeln und Durchführungssysteme sowie eine Angleichung an die wirtschaftspolitische Steuerung erfordert, um Skaleneffekte zu verstärken und Investitionen anzulocken. Die neue KP muss zudem einen differenzierten Ansatz beinhalten und unterschiedliche Durchführungskapazitäten berücksichtigen (z. B. bei Inanspruchnahme und Entwicklungsniveau).

„Die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ziele sollten den Kern des EU-Projekts bilden, um Zweck und Glaubwürdigkeit der Kohäsionspolitik zu stärken.“

Einige dieser Vorschläge könnten auf Widerstand stoßen. Angesichts der derzeitigen Lage ist es jedoch im Interesse aller Partner, mögliche Reformen ernsthaft zu erwägen, damit die Kohäsionspolitik auch nach 2020 ihren Zweck erfüllt. Denkbar schlecht wäre eine Kürzung der Mittel, ohne die Chance auf Reform und Priorisierung zu nutzen. ■



Das European Policy Centre ist eine unabhängige Denkfabrik zur Förderung der europäischen Integration durch Analysen und Debatten. Sie unterstützt europäische Akteure bei der Entscheidungsfindung auf Grundlage von Daten und Analysen und unterhält eine Plattform, die Partnern, Interessengruppen und Bürgern ermöglicht, an der Gestaltung der EU-Politik und der Zukunft Europas mitzuwirken:  
<http://www.epc.eu/about.php>



# Bessere Finanzierung für Städte hilft, gute Ergebnisse für Bürger zu erzielen

**Die Kohäsionspolitik ist seit langem ein besonderer Ausdruck der Solidarität zwischen Mitgliedstaaten und Regionen in der EU und bewirkt beträchtliche Verbesserungen in öffentlichen Diensten und Infrastrukturen in ganz Europa.**

Die Kohäsionspolitik liefert weiterhin klare und sichtbare Ergebnisse für Bürger in Bereichen wie dem besseren Zugang zu Schulen, Gesundheit und Sozialfürsorge, saubererer Luft und Wasser bis hin zu größerer und nachhaltigerer Mobilität.

In meiner Heimatstadt Gent haben die Strukturfonds ermöglicht, sowohl in High-tech- als auch „Lowtech“-Lösungen zu investieren. Wir haben 5 Millionen EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) investiert, um ein neues Geschäftszentrum zu errichten. Das moderne Gebäude verwendet natürliche Ressourcen wieder und fördert Forschung, Innovation und Unternehmertum. Gleichzeitig bietet der EFRE wertvolles Startkapital, um neue Formen der Entscheidungsfindung und sozialen Innovation zu testen, die eindeutige, sichtbare Ergebnisse für unsere Bürger liefern und ihre Lebensqualität erhöhen.

Vor dem Hintergrund des Brexit und der längerfristigen Auswirkungen der Finanzkrise findet die nächste Diskussionsrunde über die Kohäsionspolitik jedoch in einem deutlich anderen Kontext statt. Es bestehen zahlreiche offene Fragen zum genauen Umfang des kommenden EU-Haushalts.

Diese Herausforderung bietet uns die Gelegenheit, unser Handeln in Europa zu überdenken und die Bürger besser in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die Kohäsionspolitik kann ein Baustein

für eine stärkere und geeintere EU sein, deren Bürger sich der europäischen Idee verbunden fühlen und erkennen, wie die EU zu einer besseren Lebensqualität in unseren Städten beiträgt.

Städte sind gut positioniert, um in Partnerschaft mit den Entscheidungsträgern der EU eine Politik zu gestalten, die auf den Bedürfnissen der Bürger beruht. Als Regierungsebene, die den Bürgern am nächsten steht, können wir EU-Investitionen mit lokalem Bedarf verknüpfen und bessere Erträge aus der Förderung gewährleisten. Das jüngste Positionspapier von EUROCI-TIES plädiert für die Weiterführung einer starken Kohäsionspolitik nach 2020, die auf drei Grundsätzen beruht:

- 1) Die Kohäsionspolitik muss weiterhin alle Regionen einschließen. Sie ist eine Politik der europäischen Solidarität.
- 2) Eine umfassendere Anwendung des Partnerschaftsprinzips muss dazu führen, dass Städte stärker einbezogen werden und einen besseren Zugang zu Finanzierung haben. Die meisten globalen Herausforderungen sind in Städten konzentriert, und die Lösungen werden am häufigsten in Städten in die Tat umgesetzt.
- 3) Die Vereinfachung bestehender Finanzierungsquellen, insbesondere die bessere Integration des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, wird den Städten eine effizientere Bereitstellung wichtiger Dienste erleichtern.

Wir haben viele Gründe, stolz auf Europa zu sein: dauerhafter Frieden, höherer Wohlstand und Solidarität. Der Brexit und die zunehmende Europaskepsis haben die EU jedoch in ihren Grundfesten erschüttert. Eine starke Kohäsionspolitik, die Städte und Regionen wirksam in ihren Bemühungen unterstützt, gemeinsame Herausforderungen anzugehen, kann eines der stärksten Instrumente sein, um diese Krisen zu überwinden.



Daniël Termont  
Bürgermeister von Gent und  
Präsident von EUROCI-TIES

“Die Kohäsionspolitik kann ein Baustein für eine stärkere und geeintere EU sein, deren Bürger sich der europäischen Idee verbunden fühlen und erkennen, wie die EU zu einer besseren Lebensqualität in unseren Städten beiträgt.”



EUROCITIES ist das Netzwerk großer europäischer Städte. Seine Mitglieder sind die gewählten lokalen und städtischen Regierungen großer europäischer Städte. Über sechs thematische Foren und eine Vielzahl an Arbeitsgruppen, Projekten, Tätigkeiten und Veranstaltungen bietet es Mitgliedern eine Plattform für den Wissens- und Ideenaustausch zu Themen, die das Alltagsleben der Europäer beeinflussen:  
<http://www.eurocities.eu/eurocities/home>



# Der EU-Kohäsionsfonds und der Kampf gegen die Armut

Schuld an den ausbleibenden Fortschritten bei der Erreichung des Ziels von Europa 2020, mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien, trägt nicht nur die Finanzkrise, sondern auch das Fehlen einer ausgeglicheneren Sozial- und Wirtschaftsagenda.

Dieses Scheitern führt in eine soziale und demokratische Krise. Die kürzlich vorgeschlagene europäische Säule sozialer Rechte könnte eine wirkliche Antwort bieten – doch für die Umsetzung auf nationaler Ebene bedarf es einer ernsthaften Verpflichtung.

*„Bei der nächsten Runde des EU-Kohäsionsfonds sollte eine stärkere Zweckbindung von ESF-Mitteln für die soziale Integration erwogen werden.“*

Ohne das Armutsziel und erhebliche Anstrengungen zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 und des Semesterverfahrens wäre die Lage noch schlechter. Eine äußerst wichtige Bemühung zur Verringerung der Anzahl in Armut lebender Menschen ist die Zweckbindung von 20 % des Europäischen Sozialfonds für die soziale Integration. Laut einer ersten Beurteilung durch die Kommission hielten alle Mitgliedstaaten diese Verpflichtung formal ein. Meint es die Kommission ernst, müssten jedoch eine weitere Überwachung und Berichterstattung aufdecken, was die finanzier-



Leo Williams  
Direktor des Europäischen Netzwerks gegen Armut

ten Maßnahmen beinhalten, und beurteilen, inwiefern die Maßnahmen einen Ausweg aus der Armut bieten.

Die von der Kommission unterstützte ESF-Plattform, insbesondere das themenbezogene Integrationsnetzwerk, bieten Austauschmöglichkeiten zu ESF-finanzierten Maßnahmen für soziale Integration in drei Bereichen:

- 1) Innovationen bei Sozialdiensten mit Schwerpunkt auf Deinstitutionalisierung;
- 2) Maßnahmen zur Erreichung von Gruppen und Gemeinschaften, in denen tiefe Armut und schwere Diskriminierung herrscht, mit Schwerpunkt auf Obdachlosen und Roma, und
- 3) Maßnahmen zur Unterstützung aktiver Integrationsansätze mit Schwerpunkt auf integrierten Wegen und der Förderung der Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. Diese Arbeit dürfte zur Ermittlung von Indikatoren für soziale Integration beitragen, durch die die Zweckbindung von Mitteln für soziale Integration überwacht werden könnte.

Bei der nächsten Runde des EU-Kohäsionsfonds sollte eine stärkere Zweckbindung von ESF-Mitteln für die soziale Integration erwogen werden.

Die Verpflichtung, die notwendige Zeit und die erforderlichen Mittel zu investieren, damit all diese Maßnahmen wirklich ihre Indikatoren erreichen, ist dabei wesentlich. Ferner zeigt der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, der sich auf soziale Integration, Nahrungsmittelhilfe und materielle Unterstützung konzentriert, wie EU-Mittel wirksame Maßnahmen fördern können, die in Armut lebende und ausgegrenzte Menschen und Gemeinschaften erreichen. Dieses Vorgehen untermauert, dass ein künftiger EU-Finanzrahmen neben der Nahrungsmittelhilfe auch ein umfassendes Programm für soziale Integration beinhalten sollte. Damit könnte der Säule sozialer Rechte ein tieferer Sinn gegeben werden. ■



Das Europäische Netzwerk gegen Armut ist der größte europäische Verbund nationaler, regionaler und lokaler Netzwerke, zu denen Nichtregierungsorganisationen und Basisgruppen sowie europäische Organisationen gehören, die sich für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung stark machen:

<http://www.eapn.eu/>

# Schaffung einer „Allianz der Willigen“

Karl-Heinz Lambertz, Präsident der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen und kommender Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, hebt die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kohäsion hervor.



## *Welchen Mehrwert bietet die europäische Kohäsionspolitik für Grenzregionen in der EU?*

Die Europäische Union ist durch viele Binnengrenzen geteilt, an denen unterschiedliche Kompetenzen, Strukturen und Steuer- und Sozialgesetzen Schwierigkeiten verursachen. Eine weitere Belastung für Grenz- und grenzüberschreitende Regionen stellen geografische Hindernisse wie Grenzen an Flüssen und Gebirgszügen dar. Grenzen werden häufig als unüberwindliche Hürden angesehen, deren Überwindung zu anstrengend und zeitaufwendig ist. Erfolgreiche grenzüberschreitende Kooperationen zeigen jedoch, dass aus Konflikten auch Wirtschaftswachstum und gegenseitiges Verständnis erwachsen können. Für eine nachhaltige und wirksame europäische Integration ist daher eine enge Kooperation über grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig. Ohne Kohäsion an den europäischen Grenzen wird es schwierig, das im Vertrag verankerte Ziel des territorialen Zusammenhalts für die gesamte EU zu erreichen.

Ohne die kohäsionspolitische Unterstützung würden Grenzregionen aufgrund unterschiedlicher lokaler und regionaler Prioritäten niemals ihr Potenzial

ausschöpfen. Viel zu häufig werden Gelegenheiten verpasst, eine „kritische Masse“ an Investitionen zu nutzen, die als grenzüberschreitende Projekte sinnvoll sind, z. B. Krankenhäuser, grenzüberschreitende Dienste, Abfallentsorgungseinrichtungen, wirtschaftliche Zusammenarbeit usw. Die Herausforderung besteht darin, die Grenzen zusätzlich als Treffpunkte zu nutzen. Hier zeigt sich der tatsächliche Mehrwert, den die Kohäsionspolitik in Europas Grenzregionen bewirken kann.

## *Können Sie zusammenfassen, welche wesentlichen Ergebnisse erzielt wurden und was noch zu tun ist?*

Die Kohäsionspolitik hilft Grenzregionen, ihr Potenzial zu nutzen, indem die Unterschiede in den Prioritäten auf beiden Seiten der Grenzen abgebaut werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat einen positiven Einfluss auf europäische Grenzregionen, besonders in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, ergänzt stets nationale Maßnahmen und trägt erheblich zur Umsetzung aktueller und künftiger europäischer Strategien bei.

Sie geht weit über den reinen Erfahrungsaustausch und die Koordinierung

hinaus und führt zur praktischen Zusammenarbeit, die u. a. positive Ergebnisse in den Bereichen Infrastrukturentwicklung, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Innovation und Forschung, Arbeitsmarkt, Tourismus und Kultur beitragen.

Die Kohäsionspolitik ist nicht nur ein Instrument für wirtschaftliche Entwicklung und die Verringerung regionaler Ungleichheiten, sondern beweist in allen Regionen und Städten der EU ihren Mehrwert. Sie ist ein einzigartiges Beispiel für die europäische Solidarität und Einheit und führt zu einer stärkeren und robusteren EU, die ja unser in der Erklärung von Rom angegebenes gemeinsames Ziel ist.

## *Welche Prioritäten sind für die Grenzregionen im Hinblick auf die Zukunft der EU-Finanzmittel wichtig?*

Grenzregionen sind wie alle anderen Regionen in der EU an einem EU-Haushalt interessiert, der wirklich allen Bürgern dient. Statt mehr zentralisierten EU-finanzierten Programmen auf europäischer Ebene befürworten sie die Verwendung der EU-Mittel zur Unterstützung grenzüberschreitender Entwick-

*„Grenzen werden häufig als unüberwindliche Hürden angesehen, deren Überwindung zu anstrengend und zeitaufwendig ist. Erfolgreiche grenzüberschreitende Kooperationen zeigen jedoch, dass aus Konflikten auch Wirtschaftswachstum und gegenseitiges Verständnis erwachsen können.“*



lungsstrategien nach regionalem Bedarf. Wir nennen es den „ortsgebundenen“ Ansatz, der ein wesentliches Element der Kohäsionspolitik ist.

Die finanzielle Unterstützung für die europäische territoriale Zusammenarbeit nach 2020 sollte daher dringend gegenüber der aktuellen Zuweisung von 3% aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds erhöht werden.

Wir müssen außerdem sicherstellen, dass unsere Mittelverwaltungsverfahren, wie in der Initiative des „ergebnisorientierten Haushalts“ der Europäischen Kommission vorgesehen, gestrafft und vereinfacht werden.

*Welchen Standpunkt haben Sie als künftiger Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) ab dem 12. Juli zur Zukunft der Politik und der ESI-Fonds nach 2020?*

Bei unserer Plenarsitzung im Mai hat der AdR als erstes EU-Organ auf der Grundlage intensiver Debatten mit europäischen Städten und Regionen, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, zahlreichen Mitgliedsstaaten und unzähligen Akteuren seinen

offiziellen Standpunkt zur Zukunft der Kohäsionspolitik angenommen.

Als künftiger AdR-Präsident habe ich, auch angesichts der Debatte über die Zukunft Europas und des Austritts des

*„Die alleinige Aufgabe aller, die mit der und für die EU arbeiten, besteht in der Verbesserung und Förderung des Lebens der Bürger.“*

Vereinigten Königreichs die Aufgabe, mich für gemeinsame Ideen zur Zukunft der Kohäsionspolitik einzusetzen.

Die alleinige Aufgabe aller, die mit der und für die EU arbeiten, besteht in der Verbesserung und Förderung des Lebens der Bürger. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir den zunehmenden Populismus und den Vertrauensverlust vieler EU-Bürger nur überwinden können,

indem wir aufzeigen, dass sie in ihren Leben und Gemeinschaften von der EU profitieren. Genau dafür steht die Kohäsionspolitik, daher brauchen wir sie in Zukunft mehr als je zuvor.

Wir werden versuchen, eine „Allianz der Willigen“ zu schaffen, die sich für eine reformierte Kohäsionspolitik einsetzt, die erheblich vereinfacht werden und auf einer stärkeren Partnerschaft mit den Städten und Regionen beruhen muss. Dies schließt auch ein, die Bewertung der territorialen Auswirkungen von EU-Politiken stärker zu gewichten, damit sie alle

das im Vertrag verankerte Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts fördern. ■

# VRE für eine ergebnisorientierte Kohäsionspolitik nach 2020

Die Versammlung der Regionen Europas (VRE) glaubt an eine neue Vision für die künftige Kohäsionspolitik: ein einfacher Durchführungsmechanismus, der in ganz Europa Ergebnisse erzielt.



VRE-Berichterstatter für die Kohäsionspolitik nach 2020, Regionalminister der Provinz Flevoland (NL)

Die europäischen Regionen arbeiten täglich mit Kohäsionspolitik und unterbreiten Vorschläge für eine bessere Zukunft. So auch die von der VRE gegründete Task Force für Kohäsionspolitik, die am 1. Juni 2016 im österreichischen Sankt Pölten eine Erklärung mit den folgenden vier Punkten annahm: eine langfristige Vision; Vereinfachung und Audit; Zusammenlegung der Europäische Struktur- und Investitionsfonds mit anderen Fonds sowie eine Steuerung auf mehreren Ebenen und „Gold Plating“.

Zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen in der EU muss die Kohäsionspolitik eine neue Richtung einschlagen. Brexit, ein knapperer

EU-Haushalt und die neuen Herausforderungen werden den öffentlichen Wert der ESI-Fonds steigern. Ein Manko der Kohäsionspolitik sind die geringe Inanspruchnahme und der komplexe Durchführungsmechanismus. Die ESI-Fonds haben jedoch einen Mehrwert erbracht. Der einzige Weg nach vorn besteht in einer ergebnisorientierten Kohäsionspolitik, klaren EU-Zielen und einem einfachen Durchführungsmechanismus für die Begünstigten.

Die Kohäsionspolitik nach 2020 muss die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Herausforderungen der Regionen als Ausgangspunkt nehmen. Durch die Bezuschussung von Innovationen in den Bereichen Energiewende, Klimawandel und soziale Integration verringert sie nicht nur die Einkommensungleichheit zwischen europäischen Regionen, sondern verbessert mit jedem Euro auch die Lebensqualität der europäischen Bürger.

“Die Kohäsionspolitik nach 2020 muss die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Herausforderungen der Regionen als Ausgangspunkt nehmen.”

Eine Vision für das Europa von morgen mit gemeinsamen europäischen Zielen wird den Begünstigten die Richtung vorgeben und ihr Verantwortungsgefühl stärken.

Die neuen Durchführungsmechanismen sollten: Gold Plating verhindern, ein einheitliches Regelwerk für verschiedene ESI-Fonds schaffen und Auditverfahren auf Grundlage von Programmumfang und Proportionalität der Fehlerraten differenzieren. ■



Die Versammlung der Regionen Europas (VRE) ist das größte unabhängige Netzwerk europäischer Regionen. Das Netzwerk, dem Regionen in 35 Ländern angehören, nimmt regelmäßig an kohäsionspolitischen Debatten teil. Im vergangenen September unterzeichneten über 300 regionale Präsidenten die Initiative „Eine starke, erneuerte Regionalpolitik für alle Regionen nach 2020: <http://aer.eu/>



# Moderation der 7. Konferenz zur Kohäsionspolitik 2017

Als Moderatorin der zweitägigen 7. EU-Konferenz zur Kohäsionspolitik in Brüssel in diesem Jahr freue ich mich auf den Austausch mit der dynamischen Mischung aus Hauptrednern, Teilnehmern am Diskussionsforum, Besuchern, EU-Mitarbeitern und anderen Teilnehmern.

Die diesjährige Konferenz findet unter dem Eindruck des Brexit statt, der künftige EU-Haushalte und die Mittel der Kohäsionspolitik natürlich erheblich beeinflussen wird. Es ist momentan unmöglich, die Kosten des britischen Austritts für künftige EU-Haushalte zu berechnen. Die Schätzungen liegen, abhängig von mehreren Faktoren, u. a. ob es ein sanfter oder harter Brexit wird, zwischen 5 und 17 Milliarden EUR Jahresdefizit.

Als irische Journalistin bin ich mir der wirtschaftlichen und politischen Folgen des britischen EU-Austritts nur allzu bewusst, da die gemeinsame Grenze von Irland und Nordirland enorme Herausforderungen für die Zukunft bereithält – um den möglichen Schaden für den wichtigen Handel zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich gar nicht zu erwähnen. Die Deckung einer zu erwartenden Finanzierungslücke für die EU und ihren Haushalt nach 2020 wird dessen ungeachtet eine Mammutaufgabe. Der Brexit wird also zwangsläufig auf der Konferenz ein Thema sein.

Eine der ersten Debatten, die ich am ersten Tag moderiere, konzentriert sich auf den möglichen Beitrag der Kohäsionspolitik zur Modernisierung der europäischen Wirtschaft. Bei Forumsdiskussionen dieser Art kommt immer irgendwann der wachsende Einfluss der Digitalisierung auf Industrie und Gesellschaft zur Sprache und es werden häufig Themen wie fahrerlose Lastwagen, autonome Produktionsanlagen und hochmoderne Robotertechnologie angeschnitten.

Die große Frage, die besonders für weniger fortschrittliche Regionen und Städte relevant ist, lautet: Inwiefern lassen sich die EU-Länder auf diese digitale Transformation ein? Wenn sie den digitalen Fortschritt nicht ermöglichen, der ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit sichert, besteht die Gefahr, dass sie abgehängt werden. Dann hätten wir ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, in dem einige Länder den anderen technisch weit voraus sind.

*„Als irische Journalistin bin ich mir der wirtschaftlichen und politischen Folgen des britischen EU-Austritts nur allzu bewusst, da die gemeinsame Grenze von Irland und Nordirland enorme Herausforderungen für die Zukunft bereithält.“*

Wir leben in einer Zeit, in der wir uns stetig weiterentwickeln müssen, um uns in unseren Berufen und Gesellschaften zu behaupten. Wenn wir uns dem



Karen Coleman  
Rundfunksprecherin/Journalistin/  
Moderatorin

digitalen Netz entziehen, geraten wir in einer immer technologischen Welt ins Hintertreffen.

Die Regionen und Städte müssen beim Übergang von alten zu neuen Wirtschaftszweigen intelligent vorgehen, egal ob es um die vereinfachte Umschulung von Lkw-Fahrern oder die Integration von Robotertechnologien zur Verbesserung der Stellung des Menschen in der Gesellschaft handelt. Die EU-Kommission darf den Versuch der Modernisierung nicht durch eine Vielzahl unnötiger Vorschriften und Bürokratie behindern. Wenn die Regionen und Städte diese digitale Transformation nämlich nicht umsetzen können, erleben wir wohl nicht den Zusammenhalt, dessen Entwicklung sich die EU erhofft. ■

[www.karencoleman.com](http://www.karencoleman.com)

[@KarenColemanIRL](https://twitter.com/KarenColemanIRL)



# Vorbereitung auf die Europäische Woche der Regionen und Städte 2017

Im Jahr 2017 findet die Europäische Woche der Regionen und Städte unter dem Titel „Regionen und Städte arbeiten für eine bessere Zukunft“ statt. Die Veranstaltung umfasst rund 100 Workshops, Debatten und Netzwerktätigkeiten, die von etwa 5000 Teilnehmern besucht werden. Zusätzlich zu den Workshops in Brüssel finden zwischen September und Dezember 2017 lokale Veranstaltungen in ganz Europa statt.

Die 15. Europäische Woche der Regionen und Städte findet kurz vor der Veröffentlichung des Kohäsionsberichts und der Vorstellung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU für 2020-2026 statt. So kann die Veranstaltung als Plattform für die Erfassung und Vorstellung der Ansichten von Regionen und Städten über den Haushalt und die anschließenden Legislativvorschläge bezüglich Kohäsionspolitik und ländlicher Entwicklung dienen.



**15<sup>TH</sup> EUROPEAN WEEK  
OF REGIONS AND CITIES 2017**

**9-12 OCTOBER 2017, BRUSSELS  
REGISTRATION OPENS ON 10 JULY**

**MEHR DAZU**

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/  
regions-and-cities/2017/index.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/regions-and-cities/2017/index.cfm)

## Robuste Regionen und Städte

Dieser Aktionsbereich konzentriert sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Globalisierung und die politische Antwort auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Die Teilnehmer können innovative Wege zur Förderung des Wandels vorstellen und besprechen, besonders wie die europäischen Städte intelligenter und stabiler werden können.

Der Schwerpunkt der Workshops liegt unter anderem darauf, wie digitale Möglichkeiten bei der Entwicklung einer innovativen Planung, des Industriewandels, der intelligenten Spezialisierung und einer besseren Steuerung helfen können, um aktuelle Herausforderungen zu bewältigen und auf allen EU-Ebenen Arbeitsplätze und Investitionen zu fördern.

## Regionen und Städte als Akteure des Wandels

Dieser Aktionsbereich betrachtet mögliche Anpassungen der EU-Regionalpolitik und Stadtentwicklung für die kommenden fünf bis zehn Jahre und ermutigt allgemeinere Überlegungen aus der Perspektive der Regionen und Städte. Er bietet eine Plattform zur Abbildung der wirksamen Beiträge der EU-Regionen und Städte zum europäischen Projekt und gibt ihnen die Gelegenheit, zur zentralen politischen Debatte parallel zum Prozess „Nachdenken über Europa“, der vom Europäischen Ausschuss der Regionen eingeleitet wurde, beizutragen.

**Bei diesen Workshops geht es im Schwerpunkt darum**, wie lokale und regionale Ökosysteme Ungleichheiten verringern können, zum Beispiel durch die Kreislaufwirtschaft, die dritte industrielle Revolution, offene Daten, eine integrierte territoriale Entwicklung, urbane Labore sowie Forschungs- und Innovationsmaßnahmen. Gleichzeitig werden Zukunftsaussichten erörtert.

## Ergebnisorientierter Wissensaustausch

Hier haben regionale und nationale Behörden, die durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds unterstützte

Programme durchführen, die Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken bezüglich der Programmverwaltung im Zeitraum 2014-2020. Zu den wichtigsten Themen gehören die Suche nach Möglichkeiten, den Verwaltungsaufwand für Begünstigte durch Vereinfachung zu verringern, sowie Maßnahmen zur Stärkung der Institutionen und für den Aufbau von Verwaltungskapazitäten auf allen Ebenen.

Gespräche mit Fachkräften werden durch Beiträge aus der Wissenschaft und aus Nicht-EU-Ländern ergänzt, die sich aus institutioneller Sicht und in Bezug auf kohäsionsfördernde Maßnahmen für den Prozess der europäischen Integration interessieren.

In den Workshops geht es um regionale Innovationssysteme, die Auswertung der territorialen Auswirkungen, die Umsetzung des Gelernten in die Praxis, ressourceneffiziente Städte, Kosten-Nutzen-Analysen und interregionale Zusammenarbeit und darum, wie Innovationsstandorte nachhaltigere Ergebnisse liefern können.

## RegioStars



Die RegioStars Awards ermitteln bewährte Verfahren in der regionalen Entwicklung und heben originelle, innovative Projekte hervor, die als Anreiz und Inspiration für andere Regionen dienen können.

### Die Award-Kategorien für 2017 sind:

1. Intelligente Spezialisierung für Innovationen durch KMU
2. Energieunion: Klimaschutz
3. Teilhabe von Frauen und aktive Beteiligung
4. Allgemeine und berufliche Bildung
5. CityStars: Städte im digitalen Übergang

Die Mitglieder der RegioStars Awards-Jury unter der Leitung ihres Vorsitzenden MdEP Lambert van Nistelrooij bewerten gegenwärtig die 110 in diesem Jahr eingereichten Bewerbungen.

Die Verleihung der RegioStars-Awards 2017 findet am Dienstag, den 10. Oktober in Brüssel statt. In diesem Jahr wird außerdem das 10. Jubiläum der Awards gefeiert und im zweiten Jahr in Folge eine öffentliche Abstimmung präsentiert.

### MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/regio-stars-awards/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/regio-stars-awards/)

## Lokale Veranstaltungen

Jede regionale Partnerschaft ist dazu aufgefordert, eine lokale Veranstaltung unter dem Titel „Europa in meiner Region/Stadt“ in Form eines Dialogs mit Bürgern zu organisieren, die zwischen September und Dezember 2017 stattfinden und ein Mitglied des Europäischen Ausschusses der Regionen einbeziehen soll.

Das Ziel des Dialogs mit Bürgern ist es, ein direktes Feedback aus Städten und Regionen und den stattfindenden Diskussionen zu geben und zu erhalten. Diese Dialoge sind ein fester Bestandteil der AdR-Initiative „Nachdenken über Europa“, die im Frühjahr 2018 in die Stellungnahme „Überlegungen zu Europa: die Stimme der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung des Vertrauens in die EU“ einfließen und so echte Beiträge aus Regionen und Städten zum politischen Prozess ermöglichen. Das Ziel ist, eine Vielzahl an Teilnehmern, u. a. die allgemeine Öffentlichkeit, Entscheidungsträger und Sachverständige anzusprechen und die Aufmerksamkeit für die Auswirkungen der EU-Politik auf ihre Regionen und Städte zu erhöhen. ■



### MEHR DAZU

<http://cor.europa.eu/de/events/Pages/reflecting-eu.aspx>



„Interreg Volunteer Youth“:

## Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Solidarität

Das Europäische Solidaritätskorps (ESC) ist eine neue Initiative der Europäischen Union, die jungen Menschen die Gelegenheit bietet, sich für Projekte im In- oder Ausland, von denen Gemeinschaften und Menschen in ganz Europa profitieren, freiwillig zu melden. Die EU-Regionalpolitik beteiligt sich mit 1 Million EUR an dieser Initiative, um grenzüberschreitenden, länderübergreifenden oder interregionalen Programmen die Möglichkeit zu geben, Freiwillige (EU-Bürger zwischen 18 und 30 Jahren) für zwei bis sechs Monate zu beschäftigen. Ziel ist die Unterstützung, Förderung und Bekanntgabe von Ergebnissen der Interreg-Programme und -Projekte und die Stärkung des Bewusstseins für die Vorteile der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der EU. Zwei junge Freiwillige, die an der von der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen geleiteten Initiative „Interreg Volunteer Youth“ (IVY) teilnahmen, teilen ihre Erfahrungen mit uns.

Straßburg, 14. September 2016: Ich betrete das Europäische Parlament, nehme im Plenarsaal Platz – und bin gespannt auf die Rede von Jean-Claude Juncker zur Lage der Union.

„Die Solidarität ist der Kitt, der unsere Union zusammenhält. [...] Als die portugiesischen Wälder brannten, löschten italienische Flugzeuge die Flammen. [...] In diesem Geiste schlägt die Kommission heute die Einrichtung eines Europäischen Solidaritätskorps vor. Junge Menschen aus der ganzen EU sollen als Freiwillige dort Hilfe leisten können, wo sie am dringendsten gebraucht wird [...].“

Ich bin in Grenzregionen aufgewachsen und habe viele Jahre dort studiert, daher schätze ich den Mehrwert des territorialen Zusammenhaltes und der Integration in Grenzregionen sehr. Wenn das Überqueren einer Grenze zum Alltag gehört, sei es, um zur Arbeit zu kommen oder Sport zu treiben, erkennt man, wie wichtig es ist, dass diese Grenzen keine Hindernisse darstellen.

Soweit ich es beurteilen kann, geht es in der EU um Solidarität, Demokratie und Freizügigkeit; um Länder mit einer gemeinsamen Vision; um Menschen, die zusammenarbeiten, die Menschenrechte vertreten und Ungleichheiten überwinden;

„Wenn das Überqueren einer Grenze zum Alltag gehört, sei es, um zur Arbeit zu kommen oder Sport zu treiben, erkennt man, wie wichtig es ist, dass diese Grenzen keine Hindernisse darstellen.“

um Bürger, die in Freiheit leben. Der Europäische Solidaritätskorps bietet die unmittelbare Möglichkeit, diese Werte zu verbreiten und zu fördern und den Kitt zwischen den Europäern zu festigen.

Ich habe meine Erfahrung als Freiwillige im Rahmen von Interreg Volunteer Youth ab Montag, den 20. März gesammelt. Als Interreg-Reporterin im gemeinsamen Sekretariat des transnationalen Programms „Donauraum“ (DTP) soll ich die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa und die Vorteile der europäischen Integration unterstützen, fördern und darüber berichten. Das Ziel von DTP ist die Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und die Überwindung gemeinsamer Herausforderungen, wenn länderübergreifende Zusammenarbeit greifbare Ergebnisse erzielen kann.

Durch die enge Zusammenarbeit mit den 54 im Rahmen der ersten Ausschreibungen genehmigten Projekten habe ich gelernt, wie die länderübergreifende Zusammenarbeit den Weg für langfristige und große Projekte mit einer nachhaltigen Perspektive ebnet. Die Zusammenarbeit der Länder kann dabei helfen, gemeinsame Probleme zu lösen, indem bewährte Verfahren und Erfahrungswerte in anderen Ländern berücksichtigt werden. Die Europäer einander näher zu bringen ist eine Möglichkeit, den Austausch von Ideen und Wissen zu vereinfachen und so die strategische Arbeit an gemeinsamen Zielen zu fördern.

Dank meiner Arbeit als erste Freiwillige für ESC/IVY konnte ich neue und äußerst wertvolle Erfahrungen sammeln. Ich hatte unvergessliche Erlebnisse – die Teilnahme am Tag der offenen Tür in Brüssel, Videoaufnahmen für die Europäische Kommission, Interviews für Radio und Zeitungen, ein Treffen mit dem EU-Kommissar für Haushalt und Personal und dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen, eine Rede über dieses Abenteuer bei einem Seminar für ungarische Journalisten ... Für mich hat eine herausfordernde, aber einzigartige Reise begonnen!

*Manon, Frankreich (links)*



Warum sollte ich mich als Deutsche für Polen, Dänemark, Schweden und Litauen interessieren? Ich habe mich als Freiwillige für das Interreg-Programm „Südliche Ostsee“ – ein grenzüberschreitendes Kooperationsprogramm, an dem zahl-

reiche Regionen im südlichen Ostseeraum teilnehmen – gemeldet, weil ich fest vom Mehrwert der Zusammenarbeit für die Bürger in Europa überzeugt bin. Ich glaube außerdem, dass das Europäische Solidaritätskorps den Teilnehmern von Interreg Volunteer Youth die einzigartige Möglichkeit bietet, einen echten Beitrag zur Bildung eines Gemeinschaftsgefühls zu leisten, das allen Vorteile bietet. Der einzigartige Bottom-up-Ansatz von IVY, der zahlreiche Partner auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene einbezieht, hat mich über die Solidarität im Sinne einer erweiterten Gemeinschaft, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördert und mehrere einander ergänzende Ebenen der Zugehörigkeit umfasst, nachdenken lassen.

Welche Erfahrungen habe ich beim Umsetzen der Theorie in die Praxis bisher gemacht? Meine Lernkurve als IVY-Reporterin startete mit einem „großen Knall“: dem Tag der offenen Tür im Berlaymont-Gebäude in Brüssel. Mehr als 30 Generaldirektionen der Europäischen Kommission stellten über 12 000 Bürgern ihre Tätigkeit vor! Manon und ich führten Interviews, informierten interessierte Besucher und hatten sogar die Gelegenheit, unsere Meinungen zum ESC in einer Live-Radiosendung mitzuteilen. Jetzt bin ich wieder in Polen und freue mich darauf, in diesem Sommer „an der Basis“ über viele interessante Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit zu berichten.

„Ich wollte mich als Freiwillige für das Interreg-Programm „Südliche Ostsee“ melden, weil ich vom Mehrwert der Zusammenarbeit für die Bürger in Europa fest überzeugt bin.“

Die Freiwilligentätigkeit für dieses besondere grenzüberschreitende Kooperationsprogramm im südlichen Ostseeraum hat meinen Horizont erweitert, meinen Solidaritätssinn verstärkt und meinen Glauben an gemeinsame Lösungen für die heutigen Herausforderungen gestärkt. Ich hoffe, dass meine Lernkurve als IVY-Reporterin weiterhin so positiv verläuft wie zu Beginn und viele weitere optimistische junge Menschen in Zukunft beim ESC tätig werden.

*Yasmin, Deutschland (rechts)*

#### MEHR DAZU

[https://europa.eu/youth/solidarity\\_de](https://europa.eu/youth/solidarity_de)  
<https://www.interregyouth.com/>



A portrait of a young man with short dark hair and a beard, wearing a dark suit jacket over a light-colored shirt. He is smiling slightly and looking towards the camera. The background is a bright, slightly hazy outdoor setting.

Liam

A portrait of a young woman with long, wavy brown hair and glasses, wearing a dark top. She is smiling and looking towards the camera. The background is a plain, light-colored wall.

Sara

A portrait of a young man with short dark hair and a beard, wearing a dark suit jacket over a maroon shirt. He has a neutral expression and is looking directly at the camera. The background is a plain, light-colored wall.

Andrew

## Studenten berichten

# über Interreg- Projekte in Malta

Die Interreg-Jahrestagung fand vom 26.-28. April 2017 in Malta statt. Sie wurde von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung mit Unterstützung der maltesischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union organisiert.

Während der Veranstaltung konnten die Teilnehmer eines von drei Projekten besuchen:

- Lithos – ein grenzüberschreitendes Projekt zum Schutz und zur Aufwertung des historischen Erbes
- CypFire – ein länderübergreifendes Projekt zum Schutz des natürlichen Erbes der Mittelmeerregionen vor Feuer
- Die Infrastruktur zur Abwasserbehandlung im Süden Maltas.

Studenten des Fachbereichs Journalistik am Malta College of Arts, Science and Technology (MCAST) waren ebenfalls eingeladen. Die Projektbesuche waren eine Gelegenheit für junge Menschen, konkrete Vorteile der Zusammenarbeit kennenzulernen. Ihre Eindrücke schildern sie hier.

### Lithos

Das Ziel dieses grenzüberschreitenden Projekts von Malta und Sizilien ist der Schutz und die Aufwertung des historischen Erbes. Daphne Marie Fenech, die leitende Architektin des Projekts, erklärte uns im Palast der Inquisitoren in Vittoriosa, dass das Projekt Synergien zwischen der historischen Arbeit zweier Nationen (Malta und Sizilien) schaffen und zur Sanierung von Gebäuden und Bauwerken einsetzen möchte, die sonst verloren wären.

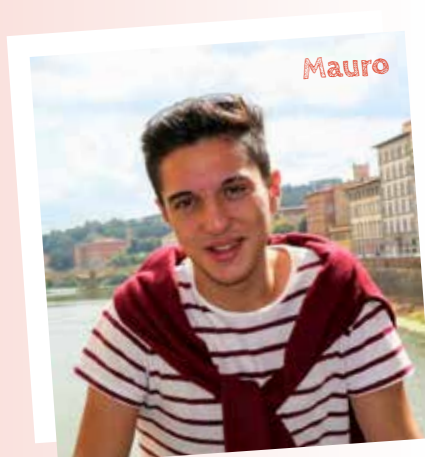
Eine der wichtigsten Techniken im Projekt ist die Stereotomie, die sich mit dem geometrischen Wissen über die Zeichnung und den Zuschnitt von Blöcken aus festem Material befasst. Fenech gab an, dass die greifbaren Ergebnisse des Projekts dabei helfen, Mittel aus dem Europäischen Regionalfonds zu erhalten. So wurden ein Museum und ein Schulungszentrum mit Materialien, Ausrüstung und Knowhow aus Ragusa auf Sizilien errichtet, die in Malta nicht zur Verfügung standen.

Zu den Vorteilen der Zusammenarbeit mit einem anderen EU-Land in einem grenzüberschreitenden Projekt gab Fenech an, dass die Kommunikation außergewöhnlich sei und eine Plattform wie die EU dabei helfe, einen Pool von Ländern zu schaffen, die nach Partnern für ähnliche Projekte suchen.

Neben der Erneuerung alter Bauwerke und Infrastrukturen zielte das Projekt auf die Belebung des Steinmetzhandwerks in Malta ab. Vor dieser und ähnlichen Initiativen wurde das Ende des Steinmetzhandwerks und anderer historischer Berufe im Bereich Architektur befürchtet.

Während der Informationsveranstaltung wurde auch die Wichtigkeit von MCAST hervorgehoben. Die Mitarbeit des Instituts an den zahlreichen Forschungstätigkeiten von Heritage Malta gab einigen angehenden Steinmetzen neuen Mut.

Liam



## CypFire

Am 27. April hatte ich Gelegenheit, an einer Veranstaltung der Kommission zum Projekt „CypFire“ teilzunehmen. Vor dem Besuch einiger Standorte wurde im Gemeinderat von Mgarr ein Vortrag gehalten. Wir wurden von Bürgermeister Paul Vella begrüßt, der drei weitere Redner vorstellte – Roberto Danti, Gianni Della Rocca und Eman Vella.

Sie sprachen über ihre Mitwirkung an diesem Projekt. Danti nannte das Ziel des Projekts: Waldbrände mithilfe einer natürlichen Barriere zu verhindern – Zypressen. Er erklärte, wie das Projekt dank zahlreicher Experimente in verschiedenen Ländern und dem nachfolgenden Wissensaustausch entstand.

Della Rocca berichtete von den technischen Aspekten des Projekts und nannte wissenschaftliche Details über die Eigenschaften der Mittelmeer-Zypresse.

Abschließend beschrieb Vella den Beitrag des Gemeinderats Mgarr zu früheren Experimenten, um die für eine natürliche Barriere geeignetste Zypressenart zu ermitteln. Mgarr war der beste Anwärter für die Anpflanzung von Bäumen, da es über das gepflegteste ländliche Gebiet auf Malta und viel Platz verfügt. Die Bäume wurden in den Jahren 2006 bzw. 2012 an zwei Orten – in der Nähe von Gnejna und in Ballut – gepflanzt. Diese Bäume werden weiterhin überwacht, obwohl „CypFire“ bereits beendet ist.

*Sara und Andrew*

## Anlage zur Abwasserbehandlung „Ta' Barkat“

Die Jahrestagung umfasste einen Besuch der „Ta' Barkat“-Anlage zur Abwasserbehandlung in Xgħajra auf Malta. Stefan Cachia und David Sacco, Ingenieure des Wasserversorgungsunternehmens, stellten die Ziele, Agenda und Infrastruktur des Projekts vor.

Cachia sprach zuerst über CF116, eines der wichtigsten Abwasserprojekte in Malta. Dieses operationelle Programm wurde ursprünglich im Dezember 2007 bei der Kommission vorgelegt und im Juli 2010 förmlich eingereicht. Nach Angaben von Cachia bringt CF116 die Badewasserqualität in Einklang mit der Badegewässerrichtlinie und beseitigt zusätzliches ungefiltertes Abwasser, das ins Meer geleitet wird. Das Projekt zielt zudem darauf ab, alle Geruchsemissionen bei der Ableitung von ungefiltertem Abwasser zu beseitigen. Die Projektkosten belaufen sich laut Cachia auf ca. 80,1 Millionen EUR.

Sacco erörterte die Ziele des Projekts im Hinblick auf einen verringerten Druck auf die natürlichen Wasserressourcen, um die verfügbare Wasserversorgung zu diversifizieren und den Anteil an aufbereitetem Wasser zu erhöhen. Er gab außerdem an, dass der Wasserversorger über 90 Bohrlöcher, 10 Pumpstationen und 3 Meerwasser-Umkehrosmoseanlagen auf Malta und 44 Bohrlöcher und 2 Pumpstationen auf Gozo verfügt.

Das Wasserversorgungsunternehmen will weitere Investitionen in eine bessere Lebensqualität vornehmen, die eine Investition in die Zukunft der maltesischen Bevölkerung darstellen. Die Delegation besuchte danach die Anlage.

*Miguela und Mauro*

### MEHR DAZU

<http://webcasting.streamdis.eu/Mediasite/Catalog/Full/5eea1d0698264ad88e78a7cbf397459221>

## NACHRICHTEN [IN KÜRZE]

### DAS EUROPÄISCHE INVESTITIONS-VORHABENPORTAL (EIPP)



Das EIPP bietet in der EU ansässigen öffentlichen und privaten Projektträgern die Möglichkeit, über ein Webportal Investoren auf der ganzen Welt zu erreichen. Das Portal wurde aufgrund des Wunsches der Investoren, mehr potentielle Investitionsmöglichkeiten in der EU auf einer zentralen Plattform sichtbar zu machen, konzipiert. Es bietet erweiterte Such- und Filterkriterien, die es Investoren erleichtern, Projekte zu finden, die ihren Vorstellungen entsprechen.

Das Portal fördert die Sichtbarkeit EU-basierter Projekter, indem es diese in einem strukturierten und einheitlichen Format einem umfassenden Netz internationaler Investoren vorstellt.

**SIE KÖNNEN IHR INVESTITIONSPROJEKT UNTER**  
[ec.europa.eu/eipp](http://ec.europa.eu/eipp)

### POLEN: EINE INITIATIVE DER KOMMISSION HILFT EINKOMMENSCHWACHEN REGIONEN, AUFZUSCHLIESSEN



Eine einjährige Pilotinitiative erzielt als Teil der maßgeschneiderten Hilfe der Europäischen Kommission für wachstums- und einkommensschwache EU-Regionen vielversprechende Ergebnisse in Polen. Sachverständige der Kommission und der Weltbank arbeiteten im vergangenen Jahr mit nationalen und lokalen Behörden in Polen zusammen, um Lösungen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den einkommensschwachen Regionen Karpatenvorland und Heiligkreuz in Ostpolen zu finden. Sie haben strategische Prioritäten und konkrete, schnell durchführbare Maßnahmen für Hochschulen, das Geschäftsumfeld und die Arbeitskräfte erarbeitet.

Auf der Grundlage dieser ersten vielversprechenden Pilotmaßnahmen wurde ein Umsetzungsplan erarbeitet, um diese Projekte in anderen geeigneten polnischen Regionen zu wiederholen.

**MEHR DAZU**  
<http://europa.eu/!Cm83tg>

### 100. VERANSTALTUNG VON PEER-2-PEER UND BEREITSCHAFT FÜR MEHR!



TAIEX-REGIO PEER-2-PEER erreichte den Meilenstein seiner 100. Veranstaltung, als die ungarische Delegation Partner in Litauen besuchte, um bewährte Verfahren für die Durchführung von Finanzierungsinstrumenten für Energieeffizienz auszutauschen. Das erst vor zwei Jahren durch die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung in enger Zusammenarbeit mit der GD Nachbarschaftspolitik eingeführte TAIEX-REGIO PEER-2-PEER ist ein sehr geschätztes und unkompliziertes Instrument, das es den Verwaltungen der Mitgliedstaaten erleichtert, sich zu treffen und Erfahrungen in zahlreichen Themenbereichen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds auszutauschen.

Bis heute hat die Kommission 171 Anfragen für einen Austausch erhalten, von denen 100 unter Teilnahme von 1500 Teilnehmern aus 25 EU-Mitgliedstaaten stattfanden. Die große Vielfalt der bei einem solchen Austausch behandelten Themen reicht von Verwaltung und Kontrolle bis hin zu Finanzierungsinstrumenten, Stadtentwicklung, intelligente Spezialisierung, öffentliche Auftragsvergabe usw. Die Mitgliedstaaten gaben Rückmeldung, dass das Instrument hilfreich, benutzerfreundlich und unbürokratisch ist.

**MEHR DAZU**  
<http://funding.balticsea-region.eu/>

# TERMINE

**21. SEPTEMBER 2017**  
European Cooperation Day

**9.-12. OKTOBER 2017**  
Brüssel (BE)

**Europäische Woche der Regionen und Städte**

**10. OKTOBER 2017**  
Brüssel (BE)

**Verleihung der RegioStars-Awards**

**18.-19. OKTOBER 2017**  
Budapest (HU)

**6. Jährliches Forum der EU-Strategie für den Donaauraum**

**21.-23. NOVEMBER 2017**  
München (DE)

**2. Jährliches Forum der EU-Strategie für den Alpenraum**

**27.-28. NOVEMBER 2017**  
Rotterdam (NL)

**Städteforum**

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda der regionalpolitischen Veranstaltungen“:  
[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/newsroom/events/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/events/)

## RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler.

Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2017

Print: ISSN 1608-3881

PDF: ISSN 1725-8294

© Europäische Union, 2017

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos, die nicht dem Copyright der EU unterstellt sind, muss eine Genehmigung direkt bei dem (den) Inhaber(n) des Copyrights eingeholt werden.

Printed in Belgium

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer, deutscher, bulgarischer, griechischer, spanischer, italienischer, polnischer und rumänischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/information/publications/panorama-magazine/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/)

Diese Ausgabe wurde im Juni 2017 abgeschlossen.

## FOTOS (SEITEN):

Titelbild: © Europäische Kommission

Seite 4: Logo und Foto © Estnische Regierung

Seite 8: Logo und Foto © Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Seite 9: Logo und Foto © Finanzministerium, Zypern

Seite 10: Logo und Foto © Europäische Kommission

Seite 12: Logo und Foto © Region Wallonie

Seite 13: Logo und Foto © Region Kreta

Seite 14: Logo und Foto © Schwedischer Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften

Seite 15: Logo und Foto © Verband der Städte und Gemeinden der Tschechischen Republik

Seite 18: Logo und Foto © Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Seite 20: Logo und Foto © Vereinigung polnischer Städte

Seite 21: Logo und Foto © Europäisches Parlament

Seite 22: Logo und Foto © Stadt Valka (LV) und Stadt Valga (EE)

Seite 23: Logo und Foto © Ajutament de Santa Coloma de Gramenet

Seite 24: Logo und Foto © London School of Economics and Political Science

Seiten 26 und 27: © Europäische Kommission

Seite 28: Logo und Foto © Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (CH)

Seite 29: Logo und Foto © BusinessEurope

Seite 30: Logo und Foto © Universität Cardiff

Seite 31: Logo und Foto © Huron University College, Western University (CA)

Seite 32: © Europäische Kommission

Seite 36: Logo und Foto © Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas

Seite 37: Logo und Foto © European Policy Centre

Seite 38: Logo und Foto © Eurocities

Seite 39: Logo und Foto © Europäisches Netzwerk gegen Armut

Seite 40: Foto © Europäische Kommission; Logo © AGEF

Seite 42: Logo und Foto © Versammlung der Regionen Europas

Seite 43: Foto © Karen Coleman

Seite 46: Foto © Europäische Kommission

Seiten 48-49: Fotos © Europäische Kommission



## BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG



#EU7CF



[ec.europa.eu/regional\\_policy](http://ec.europa.eu/regional_policy)  
[cohesiondata.ec.europa.eu](http://cohesiondata.ec.europa.eu)



@EU\_Regional  
 #CohesionPolicy | #ESIFunds



EUinmyRegion



[flickr.com/euregional](https://www.flickr.com/euregional)



RegioNetwork



[yammer.com/RegioNetwork](https://yammer.com/RegioNetwork)



[ec.europa.eu/commission/2014-2019/  
 cretu\\_en](http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu_en)  
 @CorinaCretuEU



Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,  
 Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung  
 Kommunikation – Agnès Monfret  
 Avenue de Beaulieu/Beaulieuilaan 1 – B-1160 Bruxelles/Brussel  
 E-Mail: [regio-panorama@ec.europa.eu](mailto:regio-panorama@ec.europa.eu)